

Malte Wundenberg

Europäisches
Banken-
aufsichtsrecht



MOHR SIEBECK

Malte Wundenberg
Europäisches Bankenaufsichtsrecht



Europäisches Bankenaufsichtsrecht

Grundlagen des Single Rulebooks
für Kreditinstitute in Europa

von

Malte Wundenberg

Mohr Siebeck

Malte Wundenberg, geboren 1979; Studium der Rechtswissenschaften in Hamburg (Bucerius Law School) und New York (NYU); Studium der Betriebswirtschaftslehre in Mannheim und Hagen; 2011 Promotion; seit 2013 Lehr- und Forschungstätigkeiten an der Bucerius Law School und der LMU München; derzeit Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.

ISBN 978-3-16-160146-0 / eISBN 978-3-16-160812-4
DOI 10.1628/978-3-16-160812-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Textservice Zink in Schwarzach gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Als Reaktion auf die globale Finanzkrise von 2007/2008 und die darauf folgende Eurokrise wurde die europäische Finanzmarktarchitektur auf eine neue Grundlage gestellt. Der europäische Gesetzgeber verfolgte dabei das Ziel, den rechtlichen Rahmen für Banken und Finanzdienstleister in einem einheitlichen Regelwerk (Single Rulebook) zu harmonisieren. Dieses ehrgeizige Projekt ist inzwischen weit vorangeschritten: Das Kernelement des Single Rulebooks bildet das im Jahre 2013 verabschiedete CRD-IV/CRR-Paket, mit dem das gesamte materielle Bankenaufsichtsrecht auf europäischer Ebene konsolidiert wurde. Es wurde durch etwa 100 Durchführungsrechtsakte sowie unzählige Verlautbarungen der europäischen Behörden (sowie inzwischen durch einzelne Gerichtsentscheidungen des EuGH) näher konkretisiert. Im Zuge der Umsetzung der Bankenunion – des „größten ordnungspolitischen Regelpaket[s] der Gegenwart“¹ – wurden mit Wirkung zum 2. November 2014 zudem die wichtigsten Institute im Euroraum der unmittelbaren Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) unterstellt. Das Bankenaufsichtsrecht hat sich damit zu einem eigenständigen europäischen Rechtsgebiet entwickelt. Diese Entwicklung wurde durch das im April 2019 verabschiedete Bankenpaket (CRD V/CRR II) weiter vorangetrieben.

In diesem Buch werden die Grundlagen des europäischen Bankenaufsichtsrechts systematisch dargestellt und dieses als eigenständiges Rechtsgebiet erfasst. Es soll Studenten, Praktikern und Wissenschaftlern den Zugang zu der immer komplexer werdenden Rechtsmaterie der Bankenregulierung erleichtern. Das Buch will damit zugleich einen Beitrag zur Diskussion über die Weiterentwicklung des Single Rulebooks im Finanzsektor leisten.

Dieses Buch versteht sich als wissenschaftlich ausgerichtetes Lehrbuch für Studium, Wissenschaft und Praxis. Der Fokus liegt auf dem europäischen Recht. Denn weite Teile des Bankenaufsichtsrechts sind inzwischen unionsrechtlich harmonisiert und zum Teil als EU-Verordnungen unmittelbar in den Mitgliedstaaten anwendbar. Allerdings spielt auch das nationale Recht weiterhin eine Rolle. So müssen die Vorgaben der CRD-IV/V-Richtlinie von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Auch bestehen in den Mitgliedstaaten noch immer divergierende Rechts- und Verwaltungspraktiken. Schließlich gewährt das europäische Recht den Mitgliedstaaten sowie den nationalen Aufsichtsbehörden an verschiedenen Stellen Umsetzungsspielräume, Optionen und Wahlrechte. Es wird daher auch die Rechtslage in Deutschland sowie punktuell in weiteren ausgewählten EU-Mitgliedstaaten in den Blick genommen.

¹ Grundmann, ZHR 179 (2015), 563, 566.

Dieses Buch gliedert sich in sechs Teile. Im ersten Teil werden die Grundlagen und die wichtigsten Entwicklungen des europäischen Bankenaufsichtsrechts behandelt. Den Gegenstand des zweiten Teils bildet das europäische System der Aufsicht. Im Zentrum steht der einheitliche Aufsichtsmechanismus unter der Führung der EZB als erste Säule der Bankenunion. Im dritten Teil werden die Anforderungen an den Marktzugang und das Erlaubnisverfahren von Instituten erörtert. Gegenstand des vierten Teils sind die Anforderungen an die laufende Bankenaufsicht. Seit Basel II/III basieren die laufenden Anforderungen auf drei Säulen: Eigenmittelanforderungen, aufsichtsrechtliches Überprüfungsverfahren, Markttransparenz. Im fünften Teil werden die Anforderungen an die Regulierung und Beaufsichtigung von Institutsgruppen erörtert. In einem sechsten Teil wird schließlich ein Resümee zum gegenwärtigen Stand des Single Rulebooks gezogen und es werden mögliche Reformansätze zur Diskussion gestellt. Einzelne Teile dieses Buches rekurren hierbei auf Erkenntnisse meiner im Mohr Siebeck Verlag erschienenen Dissertationsschrift („Compliance und die prinzipiengeleitete Aufsicht über Bankengruppen“).²

Das Buch ist grundsätzlich auf dem Stand vom Juli 2021. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch die zitierten Onlinequellen letztmalig überprüft. Die vom europäischen Gesetzgeber in jüngerer Zeit verabschiedeten Reformen³ – zu nennen sind insbesondere das Bankenpaket vom April 2019 (CRD V/CRR II) nebst nationalem Umsetzungsgesetz vom November 2020 (Risikoreduzierungsgesetz), die Wertpapierrichtlinie/Wertpapierverordnung (IFD/IFR) vom November 2019 sowie die ESA-Änderungsverordnung vom Dezember 2019 – werden berücksichtigt. Soweit nicht anders vermerkt, wird das CRD/CRR-Regime bzw. Kreditwesengesetz in der reformierten Fassung behandelt.⁴ Es konnte zudem der Kommissionsentwurf des Bankenpakets vom Oktober 2021 punktuell berücksichtigt werden, durch den u.a. die vereinbarten Basel III-Reformen in das europäische Recht umgesetzt werden sollen (CRD VI/CRR III).

Seit Ausbruch der weltweiten Covid-19-Epidemie befindet sich der Bankensektor in einem Ausnahmezustand. Die nationalen und europäischen Akteure (Gesetzgeber, Aufsichtsbehörden, Standardsetzer) haben verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors zu sichern. Zugleich wird das System der Bankenregulierung, wie es durch die Post-Finanzkrise-Gesetzgebung geschaffen wurde, einer großen Belastungsprobe unterzogen. Es ist derzeit noch nicht absehbar, welche Auswirkungen die Covid-19-

² Vgl. § 1 II–IV, § 2 I 1, § 15 I–II, § 16 II 2.

³ Vgl. hierzu § 2 Rn. 51 ff.

⁴ Die Anpassungen der CRR durch die CRR II sind im Wesentlichen ab dem 28.6.2021 anwendbar. Soweit nicht anders vermerkt, wird auf die ab dem 28.6.2021 geltende Fassung der CRR verwiesen. Die durch die CRD V vorgenommenen Anpassungen der CRD-IV-Richtlinie mussten überwiegend bis zum 28.12.2020 ins nationale Recht umgesetzt werden. Soweit nicht anders vermerkt, wird auf das Kreditwesengesetz in der Fassung vom Juli 2021 verwiesen.

Epidemie in mittel- und langfristiger Sicht auf den europäischen Bankensektor und den regulatorischen Rechtsrahmen haben wird.

Mein Dank gebührt Herrn Prof. Rüdiger Veil, an dessen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht an der LMU München weite Teile dieses Buches entstanden sind. Für das Lektorat und die Betreuung der Veröffentlichung beim Verlag Mohr Siebeck danke ich zudem Frau Dr. Julia Caroline Scherpe-Blessing.

Frankfurt am Main, im Oktober 2021

Malte Wundenberg

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Bibliografie	XXXIII
Teil 1: Grundlagen der Regulierung und Beaufsichtigung von Banken	1
§ 1 Begriffe und Zielsetzung des Bankenaufsichtsrechts	1
§ 2 Rechtsentwicklung	17
§ 3 Gesetzgebungskompetenzen und Grundfreiheiten	43
§ 4 Rechtsquellen, Rechtsetzungsverfahren und zentrale Regelungskonzepte (<i>Single Rulebook</i>)	50
Teil 2: Institutioneller Rahmen	77
§ 5 Das europäische Finanzaufsichtssystem	77
§ 6 Der einheitliche Aufsichtsmechanismus (SSM)	93
Teil 3: Marktzugang und Erlaubnisverfahren	139
§ 7 Bankerlaubnis und Grundsätze des grenzüberschreitenden Marktzugangs	139
Teil 4: Laufende Anforderungen an die Bankenaufsicht und Bankenregulierung	199
Abschnitt 1: Quantitative Anforderungen	199
§ 8 Eigenmittel	199
§ 9 Liquidität	232
§ 10 Großkredite	241
Abschnitt 2: Governance-Anforderungen und Grundzüge des aufsichtsrechtlichen Überprüfungsverfahrens	251
§ 11 Grundzüge des aufsichtsrechtlichen Überprüfungsverfahrens	251
§ 12 Corporate Governance	258
Abschnitt 3: Offenlegungsanforderungen und Markttransparenz	289
§ 13 Grundlagen	289
§ 14 Offenlegungsanforderungen	294

Teil 5: Gruppenaufsicht	307
§ 15 Grundlagen	307
§ 16 Grundzüge der Gruppenaufsicht	319
Teil 6: Rückblende und Ausblick	343
§ 17 Resümee: Gegenwärtiger Stand des Single Rulebooks	344
§ 18 Reformperspektiven	349
Anhänge	367
Sachverzeichnis	385

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort	V	
Inhaltsübersicht	IX	
Abkürzungsverzeichnis	XXVII	
Bibliografie	XXXIII	

Teil 1: Grundlagen der Regulierung und Beaufsichtigung von Banken

Teil 1: Grundlagen der Regulierung und Beaufsichtigung von Banken	1	1
§ 1 Begriffe und Zielsetzung des Bankenaufsichtsrechts	1	1
I. Begriffe	1	1
1. Banken	2	2
2. Wertpapierfirmen, Versicherungen, Investmentgesellschaften	2	4
3. Bankenaufsicht und Bankenregulierung	4	7
II. Funktionen von Banken	5	12
1. Betragstransformation	5	13
2. Fristentransformation	5	14
3. Risikotransformation	6	15
III. Begründungsansätze für eine gesonderte Bankenregulierung	6	16
1. Fragile Bilanzstruktur von Banken als Folge der Fristentransformation	6	17
2. Bank Runs	7	20
3. Systemische Risiken	8	23
IV. Regelungsziele	10	26
1. Einlegerschutz und Funktionenschutz	10	26
2. Verwirklichung eines europäischen Bankenbinnenmarktes	11	29
V. Aufsichts- und Regulierungsstrategien	11	31
1. Präventive vs. protektive Ansätze	12	32
a) Präventiv wirkende Instrumente	12	33
aa) Bankerlaubnis	12	33
bb) Laufende Bankenaufsicht	13	34
b) Protektiv wirkende Ansätze	13	38
2. Mikro- vs. makroprudenzielle Aufsicht	14	41
VI. Fazit	15	44
§ 2 Rechtsentwicklung	17	1
I. Internationale Standardsetzung	17	1
1. Basler Ausschuss für Bankenaufsicht	18	2

	Seite	Rn.
a) Empfehlungen und Aufsichtsgrundsätze	19	4
b) Basel II	20	7
c) Basel III und aktuelle Reformen	22	10
d) Konsolidiertes Rahmenwerk	24	15
2. Financial Stability Board	24	16
II. Unionsrecht	25	17
1. Erste Phase: Rudimentäre Harmonisierung der Zulassungsanforderungen und der europäischen Aufsicht (1977–1988)	26	22
2. Weißbuch über die Vollendung des Binnenmarktes (1985)	27	24
3. Zweite Phase: Etablierung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung und Harmonisierung von Mindeststandards (1989–1999)	28	26
4. Aktionsplan für Finanzdienstleistungen (1999) und Lamfalussy-Bericht (2000/2001)	29	30
5. Dritte Phase: Konsolidierung des Regelungsbestandes und Umsetzung von Basel II (1999–2008)	30	32
6. Weißbuch zur Finanzdienstleistungspolitik (2005)	31	36
7. Vierte Phase: Etablierung einer europäischen Bankenaufsicht und Neuordnung der Bankenregulierung (seit 2009)	31	37
a) Der De-Larosière-Bericht (2009) und die Etablierung eines europäischen Finanzaufsichtssystems (2010)	32	39
b) Verabschiedung des CRD-IV/CRR-Regimes sowie Etablierung eines „Single Rulebooks“ (seit 2009)	33	43
c) Auf dem Weg zu einer europäischen Bankenunion (seit 2012)	35	47
8. Fünfte Phase: Konsolidierung der Post-Finanzkrise- Gesetzgebung und Vollendung der Bankenunion (seit 2016)	36	51
a) Verabschiedung des Bankenpakets vom April 2019 (CRD V/CRR II)	36	51
b) Einführung eines eigenständigen prudenziellen Aufsichtsregimes für Wertpapierfirmen (IFD/IFR-Regime)	37	54
c) Reform der europäischen Finanzaufsicht	38	55
d) Ausblick: Umsetzung der Basel-III-Reformen vom Dezember 2017 und Kommissionsentwurf vom Oktober 2021	38	56
9. Auswirkungen der Covid-19-Epidemie	39	59
III. Entwicklung der Bankenaufsicht in Deutschland	39	60
IV. Fazit	41	64

	Seite	Rn.
§ 3 Gesetzgebungskompetenzen und Grundfreiheiten	43	1
I. Primärrecht	43	1
II. Kompetenznormen	43	3
1. Koordination für die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten	44	4
2. Verwirklichung des Binnenmarktes	44	6
3. Übertragung von Kompetenzen auf die EZB	44	7
III. Instrumente der Rechtsetzung	45	8
1. Überblick	45	8
2. Verordnung	46	13
3. Richtlinie	47	16
IV. Grundfreiheiten	48	20
1. Niederlassungsfreiheit	48	21
2. Dienstleistungsfreiheit	49	23
§ 4 Rechtsquellen, Rechtsetzungsverfahren und zentrale Regelungskonzepte (<i>Single Rulebook</i>)	50	1
I. Entwicklung eines „Single Rulebooks“	50	1
II. Das europäische Rechtsetzungsverfahren	52	5
1. Stufe 1: Rahmenrechtsakte	52	7
2. Stufe 2: Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte	53	10
3. Stufe 3: Leitlinien und Empfehlungen sowie weitere Instrumente	54	13
a) Leitlinien und Empfehlungen	54	13
b) Q&As und weitere Verlautbarungen der EBA	55	16
c) Verlautbarungen der EZB	56	20
4. Stufe 4: Kontrolle der mitgliedstaatlichen Rechtsumsetzung	56	21
III. Bausteine des Single Rulebooks	57	23
1. Überblick über das CRD/CRR-Regime	57	23
2. Rahmenrechtsakte	58	27
a) CRD	58	27
b) CRR	59	30
3. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte (Stufe 2)	60	33
4. Leitlinien und Empfehlungen; Soft Law (Stufe 3)	60	34
IV. Nationales Recht	60	35
1. Verbleibende Bedeutung des nationalen Rechts	60	35
2. Deutschland	61	36
V. Harmonisierungskonzepte	61	38
1. Vertikale Dimension: Mindestharmonisierung vs. Vollharmonisierung	62	39
a) Mindestharmonisierung	62	40

	Seite	Rn.
b) Vollharmonisierung	63	43
c) Umsetzungsspielräume, Optionen und Wahlrechte	64	48
2. Horizontale Dimension: Anwendungsbereich	65	53
3. Harmonisierungstiefe	66	57
VI. Regulierungsansätze	67	59
1. Regel- vs. prinzipienbasierte Ansätze	67	59
a) Überblick	67	59
b) Bedeutung für das Single Rulebook	68	64
aa) Basler Rahmenvereinbarungen	68	64
bb) Europäisches und nationales Recht	68	65
2. Proportionalitätsgrundsatz	69	68
VII. Auslegungsfragen	70	71
1. Methoden der Auslegung des Unionsrechts	70	71
2. Klärung von Auslegungsfragen durch Leitlinien und Empfehlungen, Q&As und sonstige Soft-Law-Instrumente	72	76
3. Auslegungsgrundsätze	74	81
a) Wortlaut	74	82
b) Systematik	74	83
c) Historische Auslegung	74	84
d) Teleologische Auslegung	75	86
VIII. Fazit	75	87
Teil 2: Institutioneller Rahmen	77	1
§ 5 Das europäische Finanzaufsichtssystem	77	1
I. Einleitung	77	1
II. Makroebene	78	4
III. Mikroebene	80	8
1. Überblick	80	8
2. Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA)	81	11
a) Binnenorganisation	81	12
aa) Überblick	81	12
bb) Bewertung und Rechtsentwicklungen	82	19
b) Zielsetzung	83	21
c) Aufgaben und Kompetenzen	84	23
aa) Rechtsetzungsbefugnisse	84	24
(1) Erarbeitung von Entwürfen für technische Regulierungs- und Durchführungsstandards (Stufe 2)	84	25
(2) Leitlinien und Empfehlungen und sonstige Verlautbarungen (Stufe 3)	85	27
bb) Koordinations- und Eingriffsbefugnisse	86	32
(1) Verstöße gegen Unionsrecht	86	33

	Seite	Rn.
(2) Koordinations- und Streitentscheidungsbefugnisse	87	35
cc) Aufsichtsfunktionen im Zusammenhang mit der Eigenmittelausstattung	88	39
dd) Besondere Aufgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	88	40
3. Nationale Aufsichtsbehörden	89	42
a) Aufsichtsmodelle	89	43
aa) Institutioneller Ansatz	90	45
bb) Integrierter Ansatz	90	49
cc) Funktionaler Ansatz	91	53
b) Aufsicht in Deutschland	91	56
IV. Fazit	92	57
§ 6 Der einheitliche Aufsichtsmechanismus (SSM)	93	1
I. Grundlagen	94	1
1. Entwicklung	95	2
2. EZB als europäische Aufsichtsbehörde; Kompetenzfragen	96	5
3. Regelungsziele	98	9
4. Rechtsgrundlagen	99	12
II. Anwendungsbereich und Aufsichtszuständigkeiten	99	13
1. Überblick: Der SSM als Verwaltungsverbund	99	13
2. Zuständigkeit	100	15
a) Geografische Zuständigkeit	100	16
b) Persönliche Zuständigkeit	101	19
c) Sachlich	102	23
III. Aufsichtskompetenzen und -befugnisse	103	27
1. Überblick: Zusammenarbeit innerhalb des SSM	103	27
2. Abgrenzung von bedeutenden und weniger bedeutenden Instituten	105	31
a) Abgrenzungskriterien	105	31
b) Einstufungsverfahren	107	38
c) Möglichkeit der „Herabstufung“	107	40
d) Selbsteintrittsrecht der EZB	109	45
3. Gemeinsame Verfahren	109	46
4. Befugnisse im Rahmen der „direkten“ Aufsicht von bedeutenden Instituten	110	47
a) Befugnisse gegenüber bedeutenden Instituten und deren Geschäftsleitern	110	48
b) Befugnisse gegenüber den NCA	111	51
5. Befugnisse im Rahmen der „indirekten“ Aufsicht über weniger bedeutende Institute	112	53
a) Befugnisse gegenüber den NCA	112	55

	Seite	Rn.
b) Befugnisse gegenüber den weniger bedeutenden Instituten sowie sonstigen Personen	113	58
6. Makroprudenzielle Aufsicht	113	60
IV. Organisationsstruktur und institutionelle Rahmenvorgaben . .	114	61
1. Trennung von geldpolitischen Funktionen	114	61
2. Governance-Struktur	114	63
a) Aufsichtsgremium	114	63
aa) Generaldirektion im Bereich Aufsicht	116	68
bb) Gemeinsame Aufsichtsteams (JSTs)	116	69
cc) EZB-Rat	117	72
b) Weitere Organe und Stellen	117	73
V. Anwendbares Recht	118	76
1. Unionsrecht (Kategorie 1)	119	78
2. Rechtsverbindliches nationales Recht (Kategorie 2)	119	80
a) Richtlinienumsetzendes Recht	119	80
b) Umsetzung von Wahlrechten	121	87
aa) Nationale Wahlrechte	122	88
bb) Behördenwahlrechte	122	91
3. Rechtsnormen ohne Außenverbindlichkeit (Kategorie 3) . .	123	93
VI. Regelungs- und Handlungsinstrumente	123	95
1. Verordnungen	124	96
2. Beschlüsse und Weisungen	124	100
3. Leitlinien	126	105
4. Empfehlungen	126	107
5. Sonstige Instrumente und Soft Law	127	108
a) Überblick und Rechtsnatur	127	108
b) Kompetenzrechtliche Aspekte	128	112
VII. Rechtsschutz	129	115
1. Administrativer Überprüfungsausschuss	129	116
a) Zulässigkeit	130	117
b) Begründetheit	130	119
c) Verfahren	131	121
d) Zusammensetzung und Status	132	124
2. Gerichtlicher Rechtsschutz	133	127
a) Grundlagen	133	127
b) Nichtigkeitsklage	134	132
aa) Taugliche Klagegegenstände	134	132
bb) Persönliche Zulassungsvoraussetzungen und Klagfrist	135	135
cc) Prüfungsmaßstab	135	137
c) Weitere Rechtsbehelfe	136	138
d) Rechtsschutz bei mehrstufigen Verfahren	136	140
VIII. Fazit	138	145

	Seite	Rn.
Teil 3: Marktzugang und Erlaubnisverfahren	139	1
§ 7 Bankerlaubnis und Grundsätze des grenzüberschreitenden Marktzugangs	139	1
I. Grundlagen	140	1
II. Erlaubnispflicht	142	6
1. Überblick über die unionsrechtlichen Regelungsvorgaben	142	6
a) Kreditinstitute	142	7
b) Wertpapierfirmen	145	15
2. Zulassungspflichtige Tätigkeiten	145	16
a) Kreditinstitute (<i>credit institutions</i>)	146	18
aa) CRR-Kreditinstitute (Unionsrecht)	146	19
(1) Einlagengeschäft (<i>deposit business</i>)	146	20
(2) Kreditgeschäft (<i>credit business</i>)	150	27
(3) Erweiterung der Begriffsdefinition durch die Wertpapierfirmen-Verordnung	151	29
bb) Weitere erlaubnispflichtige Bankgeschäfte in den Mitgliedstaaten (Kreditinstitute nach nationalem Recht)	151	30
(1) Weitere erlaubnispflichtige Bankgeschäfte in Deutschland	151	30
(2) Anwendung des CRD/CRR-Regimes auf nationale Kreditinstitute	154	31
b) Wertpapierfirmen (<i>investment firms</i>)	154	33
aa) Unionsrecht (MiFID II)	155	34
bb) Erlaubnispflichtige Finanzdienstleistungen in Deutschland	155	36
(1) Erlaubnispflichtige Tätigkeiten	155	36
(2) Finanzinstrumente	161	38
c) Zulassungspflichten von Finanzholdinggesellschaften	162	41
d) Reformen durch das IFD/IFR-Regime	164	45
III. Erlaubnisverfahren und Erlaubnisvoraussetzungen	165	50
1. Voraussetzungen und Versagungsgründe	165	50
a) Anspruch auf Erlaubniserteilung	165	51
b) Versagungsgründe	165	52
aa) Zwingende Versagungsgründe	166	53
(1) Betriebsbezogene Anforderungen	166	53
(2) Sonstige Anforderungen	166	56
bb) In das Ermessen der Aufsicht gestellte Versagungsgründe	166	57
2. Zuständigkeit und Verfahren	167	58
a) Kompetenzverteilung	167	58
b) Verfahrensablauf	168	61
c) Erforderliche Unterlagen	169	64

	Seite	Rn.
IV. Grenzüberschreitende Sachverhalte	169	65
1. Formen des Marktzugangs	170	67
2. EU-Pass: Notifizierungsverfahren und Herkunftslandkontrolle	172	70
a) Überblick	172	70
b) Notifizierungsverfahren	175	74
aa) Zweigstellen	175	75
(1) Notifizierung des Herkunftsmitgliedstaats	176	76
(2) Prüfung der Anzeige; Weiterleitung an den Aufnahmemitgliedstaat	176	78
(3) Wartefrist, Aufnahme der Tätigkeit	177	81
(4) Kompetenzen der Aufnahmebehörde; Allgemeininteressen	178	82
(a) Allgemeininteressen	178	82
(b) Weitere bei der Aufnahmebehörde verbleibende Residualkompetenzen; Zusammenarbeit der Behörden	180	86
(5) Umsetzung in Deutschland	182	89
bb) Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr	183	93
cc) Rechtsfolgen im Falle der Nichtbeachtung des Anzeigeverfahrens	184	96
3. Territorialprinzip	185	98
4. Drittstaatsregime	187	103
a) Überblick	187	103
b) Drittstaaten-Zweigstellen (Deutschland)	188	105
c) Exkurs: Drittstaatenregime für Wertpapierfirmen gem. MiFID II/MiFIR	190	110
aa) Grenzüberschreitende Wertpapierdienstleistungen	190	110
bb) MiFID-Drittstaaten-zweigstellen	191	113
5. Ausnahmen (insbesondere: Freistellungen und <i>reverse solicitation</i>)	192	115
a) Freistellung gem. § 2 Abs. 5 KWG	192	115
b) Passive Dienstleistungsfreiheit	193	119
V. Sanktionen	193	120
1. Unionsrechtliche Regelungsvorgaben	193	120
2. Deutschland	194	123
a) Straf- und verwaltungsrechtliche Sanktionen	194	124
b) Zivilrechtliche Folgen	195	127
VI. Fazit	196	131

	Seite	Rn.
Teil 4: Laufende Anforderungen an die Bankenaufsicht und Bankenregulierung	199	1
Abschnitt 1: Quantitative Anforderungen	199	1
§ 8 Eigenmittel	199	1
I. Grundlagen	200	1
1. Rechtsentwicklung und Bedeutung	200	1
2. Regelungsziele, Regelungsstrategien, Zielkonflikte	203	9
II. Überblick über das Regelungssystem	205	15
III. Mindestkapitalanforderungen und Kapitalpuffer	206	21
1. Kapitalquoten	206	22
2. Zusammensetzung des regulatorischen Eigenkapitals	206	24
a) Bilanzielles vs. regulatorisches Eigenkapital	206	24
b) Hartes Kernkapital	208	29
aa) Kriterien	208	29
bb) Genehmigung durch die zuständige Behörde; EBA-Liste	209	33
cc) Behandlung von Ergebnisabführungsverträgen	209	36
c) Zusätzliches Kernkapital	210	38
d) Ergänzungskapital	212	43
3. Berechnung der Eigenmittel und das Konzept der Risikogewichtung	212	44
a) Grundlagen	212	44
b) Risikokategorien	212	47
c) Berechnung von Kreditrisiken	214	53
aa) Grundsatz der Risikogewichtung	214	54
bb) Standardansatz	216	59
cc) IRB-Ansätze	216	62
d) Output Floor	217	66
IV. Kapitalpuffer	218	70
1. Kapitalerhaltungspuffer und antizyklischer Kapitalpuffer	221	75
a) Kapitalerhaltungspuffer	221	76
b) Antizyklischer Kapitalpuffer	221	77
2. Puffer für Systemrisiken und systemrelevante Institute	222	81
a) Puffer für systemrelevante Institute	222	81
aa) G-SRI	223	83
bb) A-SRI	223	84
b) Systemrisikopuffer	224	85
3. Ausschüttungsbeschränkungen	225	91
V. Verschuldungsquote (<i>leverage ratio</i>)	227	95
1. Überblick und Rechtsentwicklung	227	95
2. Europäische Regelungsvorgaben	228	99
a) Berechnung	228	99

	Seite	Rn.
b) Melde- und Offenlegungspflicht	228	101
VI. Kapitalanforderungen nach Säule 2	229	103
VII. Exkurs: Kapitalanforderungen im Zusammenhang mit der Abwicklung und Restrukturierung von Banken (TLAC und MREL)	229	104
VIII. Sanktionen	230	107
IX. Fazit	231	111
§ 9 Liquidität	232	1
I. Einführung	232	1
II. Rechtsrahmen	234	5
1. Liquiditätsdeckungskennziffer (LCR)	235	6
a) Überblick	235	6
b) Liquiditätspuffer (Zähler)	236	10
c) Liquiditätsabflüsse (Nenner)	236	13
2. Strukturelle Liquiditätsquote (NSFR)	237	15
a) Überblick	237	15
b) Verfügbare stabile Refinanzierung (Zähler)	238	19
c) Erforderliche stabile Refinanzierung (Nenner)	238	20
d) Vereinfachte strukturelle Liquiditätsquote	239	21
3. Melde- und Offenlegungspflichten	239	22
III. Anforderungen an das Liquiditätsrisikomanagement	239	23
IV. Fazit	240	24
§ 10 Großkredite	241	1
I. Einleitung	241	1
II. Europäische Regelungsvorgaben	243	5
1. Begriff des Großkredits	244	9
a) Grundsätze	244	9
b) Kunden und Kundengruppe	244	12
2. Kreditobergrenzen	245	16
a) Grundsatz	245	16
b) Ausnahmen	247	20
aa) Unmittelbar geltende Ausnahmen	247	21
bb) Fakultative Ausnahmen	248	23
(1) Art. 400 Abs. 2, Abs. 3 CRR	248	23
(2) Art. 493 Abs. 3 CRR	249	27
3. Organisatorische Anforderungen	249	28
4. Meldepflichten	250	30
III. Fazit	250	31

	Seite	Rn.
Abschnitt 2: Governance-Anforderungen und Grundzüge des aufsichtsrechtlichen Überprüfungsverfahrens	251	1
§ 11 Grundzüge des aufsichtsrechtlichen Überprüfungsverfahrens	251	1
I. Einführung	251	1
II. Rechtsgrundlagen und Regelungskonzepte	252	5
1. Basler Ausschuss	252	5
2. Unionsrecht	253	8
3. Nationales Recht	254	10
III. Eigenmittelbezogene Anforderungen	255	11
1. ICAAP	255	11
2. SREP und Kapitalzuschläge	255	13
a) Grundsätze	255	13
b) Kapitalzuschläge und Säule-1-plus-Konzept	256	16
IV. Governance-Anforderungen	257	18
§ 12 Corporate Governance	258	1
I. Einführung	259	1
II. Regelungskonzepte	260	4
1. Traditioneller Regelungsansatz	262	6
2. Besonderheiten der Banken-Governance	262	8
3. Governance-basierte Regulierung	263	11
III. Regulatorische Rahmenvorgaben	264	13
1. Übersicht	264	13
2. Struktur und Zusammensetzung der Leitungsorgane	266	19
a) Monistische vs. dualistische Board-Strukturen	266	19
b) Funktionstrennung; Bildung von Ausschüssen	268	21
aa) Trennung des Geschäftsführers und des Vorsitzenden des Leitungsorgans	268	21
bb) Ausschussbildung	268	22
cc) Unabhängige Aufsichtsratsmitglieder	270	27
dd) Diversität	272	34
3. Persönliche und kollektive Anforderungen an die Leitungsorgane	273	36
a) Zeitliche Verfügbarkeit und Mandatsbegrenzungen	273	36
b) Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen	274	39
c) Kollektive Eignung	276	44
d) Qualifikation und Zuverlässigkeit von Inhabern von Schlüsselpositionen (<i>key function holders</i>)	277	47
4. Aufgaben und Pflichten der Leitungsorgane	278	50
5. Überprüfung der Eignung der Leitungsorgane sowie Inhaber von Schlüsselpositionen	279	54
a) Unternehmensinterne Prüfung	279	56

	Seite	Rn.
b) Prüfung durch die zuständigen Behörden	280	57
IV. Sanktionen	281	60
1. Administrative Sanktionen	281	60
2. Zivilrechtliche Sanktionen	281	63
V. Vergütungsanforderungen	282	65
1. Überblick	282	65
2. Rechtsgrundlagen	284	70
a) Unionsrecht	284	70
b) Nationales Recht	284	72
3. Anforderungen an die Vergütungsstrukturen	285	75
a) Gebot der angemessenen Vergütungssysteme	285	75
b) Verhältnis zwischen fixer und variabler Vergütung	285	77
c) Proportionalitätsgrundsatz; besondere Anforderungen an „Risikoträger“	286	79
d) Anpassungen durch CRD V	286	81
VI. Fazit	288	86
Abschnitt 3: Offenlegungsanforderungen und Markttransparenz	289	1
§ 13 Grundlagen	289	1
I. Überblick: Anzeige- und Offenlegungsanforderungen	289	1
II. Regelungskonzepte	291	7
1. Stärkung der Marktdisziplin	291	7
2. Offenlegung und Informationseffizienz	293	12
§ 14 Offenlegungsanforderungen	294	1
I. Unionsrechtliche Regelungsvorgaben	294	1
II. Umfang der offenlegungspflichtigen Informationen	294	3
1. Grundsatz der Wesentlichkeit	294	3
2. Geschäftsgeheimnisse	296	7
3. Häufigkeit und Mittel der Offenlegung	296	8
4. Zunehmende Harmonisierung der Anzeige- und Offenlegungspflichten durch Level-2-Gesetzgebung	298	15
III. Einzelne Offenlegungsanforderungen (Überblick)	299	16
1. Risikomanagementziele und -politik	299	17
2. Eigenmittel und Eigenmittelanforderungen	299	19
3. Antizyklischer Kapitalpuffer	300	22
4. Globale Systemrelevanz	300	23
5. Verbriefungen	301	24
6. Vergütungspolitik	302	27
7. Verschuldung	304	30
8. Offenlegung von Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsrisiken (ESG-Risiken)	304	32
IV. Fazit	305	33

	Seite	Rn.
Teil 5: Gruppenaufsicht	307	1
§ 15 Grundlagen	307	1
I. Einleitung	308	1
II. Rechtsentwicklung und Regelungskonzepte	308	4
1. Rechtsentwicklung	308	4
a) Basler Ausschuss für Bankenaufsicht	308	4
b) Unionsrecht	310	7
2. Regelungszwecke	311	10
a) Mehrfachbelegung des haftenden Eigenkapitals	311	10
b) Gruppeninterne Ansteckungseffekte	312	12
aa) Gesellschaftsrechtliches Trennungsprinzip	313	14
bb) Ansteckungskanäle	314	16
(1) Direkte Ansteckungseffekte	314	17
(2) Indirekte Ansteckungseffekte	316	20
III. Verhältnis von Einzelinstitutsaufsicht und Gruppenaufsicht	317	24
§ 16 Grundzüge der Gruppenaufsicht	319	1
I. Überblick über die unionsrechtlichen Regelungsvorgaben	319	1
1. Unionsrecht	319	1
2. Nationales Recht	320	4
II. Konsolidierungskreis und Konsolidierungsverantwortung	320	5
1. Überblick: Aufsichtsrechtliche Gruppe	320	5
2. Konsolidierungsebenen	323	14
a) Mutterinstitute und Institutsgruppen	323	15
aa) Konsolidierung auf Ebene des Mitgliedstaats	323	15
bb) Konsolidierung auf EWR-Ebene	324	16
cc) Ergänzungen durch das nationale Recht	325	20
b) Finanzholding-Gruppe	325	22
aa) Konsolidierung auf Ebene des Mitgliedstaats	325	22
bb) Konsolidierung auf EWR-Ebene	326	25
3. Konsolidierungskreis und Konsolidierungsverfahren	327	26
a) Einbezogene Unternehmen	327	27
b) Konsolidierungsverfahren	327	29
aa) Vollkonsolidierung	328	30
bb) Anteilsmäßige Konsolidierung	328	31
cc) Äquivalenzmethode	328	32
c) Mutter-Tochter-Beziehung	329	34
III. Inhaltliche Anforderungen	330	39
1. Eigenmittelkonsolidierung	331	40
a) Konzernabschlussmethode	331	41
b) Aggregationsmethode	332	43
2. Compliance- und Risikomanagement	332	44
a) Überblick	332	44

	Seite	Rn.
b) Inhaltliche Anforderungen	334	47
aa) Risikotragfähigkeit der Gruppe	334	48
bb) Organisationsanforderungen	334	49
(1) Formulierung einer Geschäfts- und Risikostrategie	334	49
(2) Einrichtung eines internen Kontrollsystems	335	50
(a) Anforderungen an die Ablauforganisation	335	50
(b) Risikosteuerung und Risikocontrolling	335	51
c) Reichweite der gruppenweiten Organisationspflichten	337	56
3. Durchsetzungsmöglichkeiten	338	58
a) Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	338	58
b) Informationsbeschaffung	339	60
c) Maßnahmen der Risikosteuerung	340	62
IV. <i>Waiver</i> -Regelungen	341	64
V. Fazit	342	65

Teil 6: Rückblende und Ausblick 343 1

§ 17 Resümee: Gegenwärtiger Stand des Single Rulebooks 344 1

I. Single Rulebook und Bankenunion	344	1
1. Überblick: Erreichtes und Unerreichtes	344	1
2. Konzept des Single Rulebooks und Stand der Harmonisierung	345	5
3. Zunehmende Zentralisierung der Aufsicht und Rechtskontrolle im Anwendungsbereich des SSM; Rolle des EuGH	346	7
II. Herausforderungen	346	8
1. Komplexität	346	8
2. Rechtsdurchsetzung (insbesondere Rolle der EZB)	347	10
3. Verhältnis der EBA und EZB; Bedeutung von Soft Law	348	11

§ 18 Reformperspektiven 349 1

I. Übersicht	349	1
II. Reformansätze des Status quo	349	3
1. Mix von Richtlinien- und Verordnungsrecht	349	3
2. Abbau von Optionen und Wahlrechten	350	7
3. Harmonisierung der Erlaubnistatbestände	351	10
4. Formalisierung des Prozesses der Gesetzeskonkretisierung auf Ebene von Stufe 3 und Stufe 4	352	13
5. Stärkung des Proportionalitätsprinzips	353	15
6. Einheitlicher Aufsichtsmechanismus	355	21
a) Kompetenzgrundlagen; Anwendungsbereich	356	22
b) Rechtsetzungskompetenzen der EZB	356	24

	Seite	Rn.
c) Rechtsdurchsetzungskompetenzen der EZB	357	25
d) Rechtsschutz im einheitlichen Aufsichtsmechanismus . .	357	27
7. FinTechs und Regulatory Sandboxes	358	30
8. Bankenregulierung und Nachhaltigkeit (Sustainable Finance)	359	30
9. Auswirkungen der Covid-19-Epidemie	361	39
III. Verabschiedung eines konsolidierten European Banking Act? .	362	42
1. Umfang und Anwendungsbereich	362	43
2. Granularität	363	46
3. Harmonisierungsniveau; Verhältnis zum nationalen Recht .	363	48
4. Proportionalitätsgrundsatz; Erleichterungen für kleine Institute (<i>small banking box</i>)	364	50
Anhänge	367	
Sachverzeichnis	385	

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt
ABS	Asset Backed Securities
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft / Die Aktiengesellschaft – Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen, für deutsches, europäisches und internationales Kapitalmarktrecht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AIFM-RL	Alternative Investment Fund Managers Directive (Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds)
AL	Aktualisierungslieferung
AktG	Aktiengesetz
AML	Anti-Money Laundering (Geldwäschebekämpfung)
Anh.	Anhang
Art.	Artikel
ASF	Available Stable Funding (stabile Refinanzierung)
A-SRI	Anderweitig systemrelevante Institute (other systemically important institutions)
Aufl.	Auflage
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAKred	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
Basel I–III	Basler Eigenmittelakkord
Basler Ausschuss	Basler Ausschuss für Bankenaufsicht
Begr.	Begründung/Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BRRD	Bank Recovery and Resolution Directive (Bankabwicklungs-Richtlinie)
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CDS	Credit Default Swap
CEBS	Committee of European Banking Supervisors (Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden)
CEIOPS	Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors (Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung)
CESR	Committee of European Securities Regulators (Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden für das Wertpapierwesen)
CFO	Chief Financial Officer
CLN	Credit-Linked Notes
Core Principles	Core Principles for Effective Banking Supervision

CRD I–V	Capital Requirements Directive (Eigenmittelrichtlinie)
CRR I/II	Capital Requirements Regulation (Eigenmittelverordnung)
De-Larosière-Bericht	Bericht der High-Level Group on Financial Supervision in the EU vom 25.2.2009
DGSD	Deposit Guarantee Scheme Directive (Richtlinie über Einlagensicherungssysteme)
d. h.	das heißt
Durchführungs-RL	Durchführungsrichtlinie
EAD	Exposure At Default (Ausfallkredithöhe)
EBA	European Banking Authority (Europäische Bankenaufsichtsbehörde)
EBOR	European Business Organization Law Review
ECB	European Central Bank (Europäische Zentralbank)
ECFR	European Company and Financial Law Review
EG	Europäische Gemeinschaft
Einlagensicherungs-RL	Richtlinie über Einlagensicherungssysteme
EinSiG	Einlagensicherungsgesetz
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung)
endg.	endgültig
ESA	European Supervisory Authorities (Europäische Finanzaufsichtsbehörden – EBA, EIOPA, ESMA)
ESA-VO	Verordnungen zur Errichtung der Europäischen Aufsichtsbehörden
ESFS	European System of Financial Supervision (Europäisches System für die Finanzaufsicht)
ESG-Risiken	Umwelt-, Sozial und Unternehmensführungsriskien (environmental, social, and corporate governance risks)
ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus
ESMA	European Securities and Markets Authority (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde)
ESRB	European Systemic Risk Board (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken)
et al.	et alii (und andere)
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUR	Euro
EUV; EU-Vertrag	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWU	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
f.; ff.	folgende
FCA	Financial Conduct Authority
FMA	Österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde
Fn	Fußnote
FS	Festschrift
FSA	Financial Services Authority
FSAP	Financial Services Action Plan
FSB	Financial Stability Board
FSF	Financial Stability Forum

FSI	Financial Stability Institute
FSMA	Financial Services and Markets Act
G-10	Staaten der Zehnergruppe
G-20	Gruppe der Zwanzig
GD	General Directorate (Generaldirektion)
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GroMiKV	Großkredit- und Millionenkreditverordnung
G-SRI	Global systemrelevante Institute (global systemically important institutions)
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HLEG	High-Level Expert Group on Sustainable Finance
HQLA	High Quality Liquid Assets (Liquiditätspuffer)
Hrsg.	Herausgeber
IAS	International Accounting Standards
ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process (bankinterner Einschätzungsprozess)
IFD	Investment Firms Directive (Wertpapierfirmen-RL)
IFR	Investment Firms Regulation (Wertpapierfirmen-VO)
IFRS	International Financial Reporting Standards
ILAAP	Internal Liquidity Adequacy Assessment Process
InstitutsVergV	Institutsvergütungsverordnung
ITS	Implementing Technical Standards (Technische Durchführungsstandards)
i. V. m.	in Verbindung mit
J. Financ. Serv. Res.	Journal of Financial Services Research
JIBLR	Journal of International Banking Law and Regulation
JST	Joint Supervisory Teams (Gemeinsame Aufsichtsteams)
JZ	Juristenzeitung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LCR	Liquidity Coverage Ratio (Liquiditätsdeckungskennziffer)
LGD	Loss Given Default (Verlustquote bei Ausfall)
lit.	Litera (Buchstabe)
LSI	Less Significant Institution (weniger bedeutendes Institut)
MaComp	Mindestanforderungen an Compliance
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MiFID-I; MiFID II	Markets in Financial Instruments Directive (Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente)
MiFIR	Markets in Financial Instruments Regulation (Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente)
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MREL	Minimum Requirements for Eligible Liabilities (Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten) mit weiteren Nachweisen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NCA	National Competent Authority (zuständige nationale Aufsichtsbehörde)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NSFR	Net Stable Funding Ratio (strukturelle Liquiditätsquote)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development

OGAW	Richtlinie betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
PD	Probability of Default (Ausfallwahrscheinlichkeit)
PRA	Prudential Regulation Authority
Q&A	Question and Answers (Fragen und Antworten)
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RechKredV	Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung
RegBegr.	Regierungsbegründung
RL	Richtlinie
Rn	Randnummer
RSF	Required Stable Funding (stabile Refinanzierung)
RTS	Regulatory Technical Standards (Technische Regulierungsstandards)
RWA	Risk-Weighted Asset
S.	Seite/Satz
SAG	Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen
sog.	sogenannte
SI	Significant Institution (bedeutendes Institut)
Solvabilitäts-RL	Richtlinie betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit
SPV	Special Purpose Vehicle (Zweckgesellschaft)
SREP	Supervisory Review and Evaluation Process (aufsichtsrechtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess)
SRF	Single Resolution Fund (einheitlicher Abwicklungsfonds)
SRM	Single Resolution Mechanism (einheitlicher Abwicklungsmechanismus)
SRM-VO	Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus
SRP	Supervisory Review Process (aufsichtsrechtliches Überprüfungsverfahren)
SSM	Single Supervisory Mechanism (einheitlicher Aufsichtsmechanismus)
SSM-RVO	SSM-Rahmenverordnung
SSM-VO	SSM-Verordnung zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank
StGB	Strafgesetzbuch
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht
TLAC	Total Loss Absorbing Capacity (Gesamtverlustabsorptionskapazität)
u. a.	unter anderem
Unterabs.	Unterabsatz
VO	Verordnung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WACC	Weighted Average Cost of Capital
Wertpapierfirmen-RL	Richtlinie über Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen
Wertpapierfirmen-VO	Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen
WM	Wertpapier-Mitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpIG	Wertpapierinstitutsgesetz
ZAG	Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht

ZGR
z. T.
ZHR

Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
zum Teil
Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht

Bibliografie

- Annuß, Georg/Früh, Andreas/Hasse, Andreas*, Institutsvergütungsverordnung, 2016.
- Armour, John et al.*, Principles of Financial Regulation, 2016.
- Assmann, Heinz-Dieter/Schneider, Uwe H./Müllbert, Peter O.* (Hrsg.), Wertpapierhandelsrecht, Kommentar, 7. Aufl. 2019.
- Binder, Jens-Hinrich/Glos, Alexander/Riepe, Jan* (Hrsg.), Handbuch Bankenaufsichtsrecht, 2. Aufl. 2020.
- Beck, Heinz* (Begr.)/*Samm, Carl-Theodor/Kokemoor, Axel* (Hrsg.), Kreditwesengesetz mit CRR – Kommentar, Loseblatt (216. Aktualisierung, 2020).
- Berger, Allen N./Molyneux, Phillip/Wilson, John O. S.* (Hrsg.), The Oxford Handbook of Banking, 2. Aufl. 2015.
- Boos, Karl-Heinz/Fischer, Reinfrid/Schulte-Mattler, Hermann* (Hrsg.), Kommentar zu Kreditwesengesetz, VO (EU) Nr. 575/2013 (CRR) und Ausführungsvorschriften, 5. Aufl. 2016 (Band 1 und 2).
- Brummer, Chris*, Soft Law and the Global Financial System: Rule Making in the 21st Century, 2. Aufl. 2015.
- Buscher, Arne Martin et al.* (Hrsg.), Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten, 2. Aufl. 2018.
- Calliess, Christian/Ruffert, Matthias* (Hrsg.), EUV/AEUV, Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta – Kommentar, 5. Aufl. 2016.
- Chiti, Mario Pilade/Santoro, Vittorio* (Hrsg.), The Palgrave Handbook of European Banking Union Law, 2019.
- Derleder, Peter/Knops, Kai-Oliver/Bamberger, Heinz-Georg* (Hrsg.), Handbuch zum deutschen und europäischen Bankrecht, 3. Aufl. 2017 (Band 1 und 2).
- Gleeson, Simon*, Gleeson on the International Regulation of Banking, 3. Aufl. 2018.
- Grieser, Simon G./Heemann, Manfred* (Hrsg.), Europäisches Bankaufsichtsrecht, 2. Aufl. 2020.
- Hachmeister, Dirk/Kahle, Holger/Mock, Sebastian/Schüppen, Matthias*, Bilanzrecht: Handelsbilanz – Steuerbilanz – Prüfung – Offenlegung – Gesellschaftsrecht. Kommentar, 2. Aufl. 2020.
- Hartmann-Wendels, Thomas/Pfingsten, Andreas/Weber, Martin*, Bankbetriebslehre, 7. Aufl. 2019.
- Hopt, Klaus J./Binder, Jens-Hinrich/Böcking, Hans-Joachim*, Handbuch Corporate Governance von Banken und Versicherungen, 2. Aufl. 2020.
- Kern, Alexander*, Principles of Banking Regulation, 2019.
- Lackhoff, Klaus*, Single Supervisory Mechanism, 2017.
- Lutter, Marcus/Krieger, Gerd/Verse, Dirk* (Hrsg.), Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats, 7. Aufl. 2020.
- Luz, Günther et al.* (Hrsg.), KWG und CRR: Kommentar zu KWG, CRR, SolvV, WuSolV, GroMiKV, LiqV und weiteren aufsichtsrechtlichen Vorschriften, 3. Aufl. 2015.
- Moloney, Niamh*, EU Securities and Financial Markets Regulation, 3. Aufl. 2014.
- Ohler, Christoph*, Bankenaufsicht und Geldpolitik in der Währungsunion, 2015.
- Schimansky, Herbert/Bunte, Hermann-Josef/Lwowski, Hans-Jürgen* (Hrsg.), Bankrechts-Handbuch, 5. Aufl. 2017 (Band 1 und 2).

Schwarze, Jürgen et al. (Hrsg.), EU-Kommentar, 4. Aufl. 2019.

Schwennicke, Andreas/Auerbach, Dirk (Hrsg.), Kreditwesengesetz (KWG) mit Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG) und Finanzkonglomerate-Aufsichtsgesetz (FKAG), 4. Aufl. 2021.

Staub, Hermann (Begr.), Kommentar zum Handelsgesetzbuch, Band 10: Bankvertragsrecht Teil 1, 5. Aufl. 2015.

Stelkens, Paul/Bonk, Heinz Joachim/Sachs, Michael, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) – Kommentar, 9. Aufl. 2018.

Theissen, Roel, EU Banking Supervision, 2013.

Veil, Rüdiger (Hrsg.), European Capital Markets Law, 2. Aufl. 2017.

Ders. (Hrsg.), Europäisches und deutsches Kapitalmarktrecht, 3. Aufl. 2022.

Vgl. zudem die in den einzelnen Kapiteln ausgewiesenen Literaturnachweise.

Die in diesem Buch referenzierten Leitfäden, Berichte und sonstigen Papiere der EBA, EZB sowie des Basler Ausschusses sind, soweit nicht anders angegeben, abrufbar auf den jeweiligen Internetpräsenzen der EBA (<https://www.eba.europa.eu>), EZB (<https://www.bankingsupervision.europa.eu/home/html/index.en.html>) bzw. des Basler Ausschusses (<https://www.bis.org/bcbs>).

Teil 1: Grundlagen der Regulierung und Beaufsichtigung von Banken

§ 1 Begriffe und Zielsetzung des Bankenaufsichtsrechts

Literatur: *Allen, Douglas/Gale, Franklin*, Understanding Financial Crises, 2007; *Bieg, Hartmut*, Bankbilanzen und Bankenaufsicht, 1996; *Binder, Jens-Hinrich*, Bankeninsolvenzen im Spannungsfeld zwischen Bankaufsichts- und Insolvenzrecht, 2005; *Bisias, Dimitrios* et al., A Survey of Systemic Risk Analytics, Office of Financial Research Working Paper, 2012 (abrufbar unter: https://www.treasury.gov/initiatives/wsr/ofr/Documents/OFRwp0001_BisiasFloodLoValavanis_ASurveyOfSystemicRiskAnalytics.pdf); *Brüggemeier, Alexander*, Harmonisierungskonzepte im europäischen Kapitalmarktrecht, 2018; *Diamond, Douglas/Dybvig, Philip*, Bank Runs, Deposit Insurance, and Liquidity, 91 Journal of Political Economy (1983), 401–419; *Felsenfeld, Carl/Glass, David*, Banking Regulation in the United States, 3. Aufl. 2011; *Fest, Alexander*, Ansätze und Effizienz der Regulierung von Banken, 2008; *Freixas, Xavier/Rochet, Jean-Charles*, Microeconomics of Banking, 2008; *Hartmann-Wendels, Thomas* et al., Arbeitsweise der Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise, 2010; *Hellwig, Martin*, Systemische Risiken im Finanzsektor, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Beiheft 7, 1998, S. 123–151; *Kaufhold, Ann-Katrin*, Systemaufsicht, 2016; *Kenç, Turalay*, Macroprudential regulation: history, theory and policy, BIS Papier No 86, 2016 (abrufbar unter: <https://www.bis.org/publ/bppdf/bispap86c.pdf>); *Kluge, Friedrich*, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 24. Aufl. 2002; *Kohtamäki, Natalia*, Die Reform der Bankenaufsicht in der Europäischen Union, 2012; *Möschel, Wernhard*, Das Wirtschaftsrecht der Banken, 1972; *ders.*, Bankenrecht im Wandel, 2010; *Roberts, Keith*, The Origins of Business, Money, and Markets, 2011; *Rochet, Jean-Charles*, Why Are There So Many Banking Crises?, 2008.¹

I. Begriffe

Das Bankenaufsichtsrecht hat sich in Europa zu einem eigenständigen Rechtsgebiet entwickelt.² Eine einheitliche Begriffsdefinition existiert bis dato allerdings noch nicht. 1

¹ Vgl. zudem die Literaturnachweise in der Bibliografie, die in den Literaturangaben der Einzelkapitel nicht erneut aufgeführt werden (gilt für alle Abschnitte).

² Vgl. die Entwicklungsübersicht in § 2.

1. Banken

- 2 Inhaltlich bezieht sich dieses Rechtsgebiet auf bestimmte Marktteilnehmer bzw. Intermediäre, nämlich Banken. Der Begriff „Bank“ geht auf das italienische Wort *banco* bzw. *banca* (Tisch) zurück.³ Gemeint ist der Tisch des Geldwechslers, der Einlagen entgegennimmt, um diese anderen Personen in Form von Krediten auszureichen.⁴ Diese beiden Tätigkeiten – Entgegennahme von Einlagen vom Publikum sowie Ausgabe von Krediten an Kreditnehmer – können bis heute als Kernfunktionen von Banken angesehen werden. Historisch lassen sich diese Bankentätigkeiten bis in die Antike zurückverfolgen.⁵ Auch die europäischen Definitionsvorschriften knüpfen an das Betreiben des Einlagen- und Kreditgeschäfts an.
- 3 Der Zentralbegriff des europäischen Bankenaufsichtsrechts ist das „**Kreditinstitut**“. Dieses wird als Unternehmen definiert, dessen Tätigkeit darin besteht, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder des Publikums entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.⁶ Vergleichbare Definitionen finden sich auch in anderen Rechtsordnungen, etwa den USA.⁷ Im nationalen Recht der Mitgliedstaaten, etwa in Deutschland, sind allerdings zum Teil weitergehende Definitionen des Kreditinstituts anzutreffen.⁸

2. Wertpapierfirmen, Versicherungen, Investmentgesellschaften

- 4 Neben Banken hat sich auf den Finanzmärkten eine Vielzahl weiterer Finanzunternehmen etabliert, die bankähnliche Funktionen anbieten. In diesem Zusammenhang sind zunächst **Wertpapierfirmen** (*investment firms*) zu nennen. Wertpapierfirmen werden vom europäischen Gesetzgeber als natürliche oder juristische Personen definiert, die im Rahmen ihrer üblichen beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit gewerbsmäßig eine oder mehrere Wertpapierdienstleistungen für Dritte erbringen und/oder eine oder mehrere Anlagetätigkeiten ausüben.⁹ Bei den Wertpapierdienstleistungen handelt es sich um Tätigkeiten, die typischerweise dem Bereich „Investmentbanking“ zugerechnet werden, wie beispielsweise die Anlageberatung, die Finanzportfolioverwaltung oder die Vermittlung von Finanzinstrumenten.¹⁰

³ Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 2002, S. 89.

⁴ Vgl. Armour et al., Principles of Financial Regulation, 2016, S. 275.

⁵ Zur historischen Entwicklung ausführlich Roberts, The Origins of Business, Money, and Markets, 2011. Siehe ferner Alexander, Principles of Banking Regulation, 2019, Rn. 1.2 ff.

⁶ Art. 4(1) Nr. 1 CRR. Ausführlich zu dieser Begriffsdefinition § 7 Rn. 18 ff.

⁷ Vgl. § 2(c) Bank Holding Company Act 1956 („An institution [...] which both – (i) accepts demand deposits or deposits that the depositor may withdraw by check or similar means for payment to third parties or others; and (ii) is engaged in the business of making commercial loans“). Siehe hierzu Armour et al., Principles of Financial Regulation, 2016, S. 293; Felsenfels/Glass, Banking Regulation in the United States, 3. Aufl. 2011, S. 2.

⁸ Dazu ausführlich § 7 Rn. 30 ff.

⁹ Art. 4(1) Nr. 1 MiFID II.

¹⁰ Vgl. hierzu § 7 Rn. 36 ff.

Vor allem in Kontinentaleuropa werden Wertpapierdienstleistungen typischerweise von Universalbanken erbracht, weshalb Wertpapierfirmen oft auch als Kreditinstitute qualifizieren.¹¹ Zwingend ist dies aber nicht. Insbesondere im angloamerikanischen Rechtsraum sind traditionell Finanzdienstleister (*broker-dealer*) tätig, die keine klassischen Bankgeschäfte (Einlagen- und Kreditgeschäft) erbringen. Die Unterscheidung zwischen Kreditinstituten und Wertpapierfirmen ist deshalb von Bedeutung, da für diese Unternehmen zum Teil unterschiedliche Rechtsregime gelten. Während das CRD/CRR-Regime¹² ursprünglich¹³ im Grundsatz sowohl für Kreditinstitute als auch Wertpapierfirmen Anwendung fand, sind bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen die Anforderungen der MiFID II/MiFIR zu erfüllen.¹⁴ Demgegenüber unterstehen lediglich Kreditinstitute einer europäischen Aufsicht durch die EZB im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus.¹⁵ Mit Wirkung zum 26. Juni 2021 wurden auch bestimmte Unternehmen der Aufsicht der EZB unterstellt, die bislang als Wertpapierfirmen eingestuft wurden.¹⁶ Zudem wurde im Zuge der Verabschiedung des IFD/IFR-Pakets ein eigenständiges – in diesem Buch nicht näher behandeltes – prudenzielles Aufsichtsregime für bestimmte Wertpapierfirmen geschaffen (vgl. § 7 Rn. 45 ff.).

Bankähnliche Tätigkeiten werden auch von **Versicherungsunternehmen** sowie **Investmentgesellschaften** erbracht. Für diese Marktteilnehmer wurden vom europäischen Gesetzgeber allerdings eigenständige Regime erlassen. So sind von europäischen Versicherungsunternehmen die Anforderungen der neugefassten Solvabilitätsrichtlinie¹⁷ zu beachten; die Regulierung von Investmentgesellschaften erfolgt durch die OGAW-Richtlinie¹⁸ bzw. die AIFM-Richt-

11 Zu den Begriffsdefinitionen im Einzelnen § 7 Rn. 18 ff.

12 Bestehend aus der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (CRD IV) sowie der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (CRR). Vgl. hierzu sowie zu den Anpassungen durch die CRD V/CRR II noch unten (§ 4 Rn. 23 ff.).

13 Zu den Reformen durch die Wertpapierfirmen-VO bzw. Wertpapierfirmen-RL vgl. § 7 Rn. 45 ff.

14 Siehe hierzu § 2 Rn. 46.

15 Vgl. unten § 6.

16 Vgl. § 6 Rn. 20.

17 Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.11.2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvency II).

18 Richtlinie 2014/91/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.7.2014 zur Änderung der Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Hinblick auf die Aufgaben der Verwahrstelle, die Vergütungspolitik und Sanktionen (OGAW V).

linie¹⁹ nebst den jeweiligen Durchführungsverordnungen. Vom europäischen Gesetzgeber wurde insoweit ein sektoraler Ansatz gewählt. Dieser Regelungs-zugriff ist historisch bedingt.²⁰

3. Bankenaufsicht und Bankenregulierung

7 Typischerweise wird zwischen der „Bankenregulierung“ (*banking regulation*)
und der „Bankenaufsicht“ (*banking supervision*) unterschieden.²¹

8 Nach traditionellem Verständnis bezeichnet die **Bankenregulierung** die ma-
teriell-rechtlichen Vorschriften und Standards, die von Banken beachtet werden
müssen. Es geht hierbei daher um die Ebene der Rechtsetzung (*rule-making*).
Die Hauptverantwortung für die Bankenregulierung im vorgenannten Sinne
liegt bei den europäischen und nationalen Gesetzgebern. Allerdings kommt
auch den internationalen Standardsetzern, insbesondere dem Basler Ausschuss
für Bankenaufsicht (im Folgenden: „Basler Ausschuss“) sowie den europä-
ischen Aufsichtsbehörden, eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Ban-
kenregulierung zu.²²

9 Die **Bankenaufsicht** bezeichnet demgegenüber die institutionelle Überwa-
chung und Durchsetzung der materiellen Vorschriften durch die Aufsichtsbe-
hörden. Diese umfasst somit die Ebene der Rechtsdurchsetzung.²³ Die Haupt-
verantwortung für die Bankenaufsicht liegt – abhängig von Art und Sitz des In-
stituts – bei den nationalen bzw. europäischen Aufsichtsbehörden.²⁴

10 Bankenregulierung und Bankenaufsicht weisen Überschneidungen auf. Diese
resultieren daraus, dass auch die Aufsichtsbehörden im Prozess der Normset-
zung involviert sind. Dies ist etwa dann der Fall, wenn die einschlägigen
Rechtsnormen unbestimmte Rechtsbegriffe enthalten oder den Behörden Er-
messensspielräume gewähren. In diesen Fällen obliegt es den Behörden, diese
Rechtsbegriffe – etwa durch Veröffentlichungen von Leitlinien und Verlautbar-
ungen – mit „Leben zu füllen“. Die europäischen Aufsichtsbehörden sind zu-

19 Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8.6.2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010.

20 Vgl. *Theissen*, EU Banking Supervision, 2013, S. 133 und *passim* („patchwork of uneven regulation“).

21 In diesem Sinne etwa der Bericht der High-Level Group on Financial Supervision in the EU, 25.2.2009 (De-Larosière-Bericht), Rn. 38 (abrufbar unter: https://ec.europa.eu/economy_finance/publications/pages/publication14527_en.pdf); House of Lords, Future of EU financial regulation and supervision, Rn. 21 („supervision has to do with monitoring and enforcement, and regulation with rule-making“).

22 Vgl. § 2 Rn. 2 ff.

23 Zum Teil wird begrifflich zwischen einer Aufsicht (*supervision*) und der Rechtsdurchsetzung (*enforcement*) getrennt, vgl. *Armour et al.*, Principles of Financial Regulation, 2016, S. 595.

24 Vgl. § 6 und § 7.

dem institutionell in das Rechtsetzungsverfahren eingebunden (vgl. hierzu im Einzelnen § 4 Rn. 5 ff.).

Die Bankenregulierung und die Bankenaufsicht sind darüber hinaus funktional miteinander verbunden. Denn das Aufstellen von Regeln ist wirkungslos, wenn deren Einhaltung nicht von den Behörden überwacht wird. Im Gegenzug setzt eine wirkungsvolle Aufsicht voraus, dass Klarheit über die vom Gesetzgeber verfolgten Regelungsziele besteht.²⁵ Wegen dieser „symbiotischen Beziehung“ von Regulierung und Aufsicht (sowie aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung) werden beide Aspekte hier einheitlich unter dem Begriff der „Bankenaufsicht“ bzw. des „Bankenaufsichtsrechts“ zusammengefasst.

II. Funktionen von Banken²⁶

Banken nehmen in der Volkswirtschaft eine zentrale Stellung ein. Es lassen sich im konkretisierenden Zugriff drei Kernfunktionen unterscheiden: die Betrags- 12
transformation, die Fristentransformation sowie die Risikotransformation.²⁷

1. Betragstransformation

Eine erste Funktion von Banken besteht darin, für einen Ausgleich zwischen 13
den verschiedenen Finanzierungsbedürfnissen der Marktteilnehmer (etwa Privatpersonen und Unternehmen) zu sorgen. Dies wird mit dem Begriff der Betragstransformation umschrieben.²⁸ Banken refinanzieren sich idealtypisch durch Einlagen. Die Geldbeträge, die Privatpersonen den Banken im Rahmen von Spareinlagen zur Verfügung stellen, sind allerdings – verglichen mit dem Finanzierungsbedarf von Unternehmen – verhältnismäßig gering. Banken nehmen eine Mittlerstellung zwischen den unterschiedlichen Finanzierungsbedürfnissen der Kapitalnehmer und Kapitalgeber ein, indem sie die Liquidität von einer Vielzahl von Kapitalgebern (Einlegern) bündeln, um diese als Kredite an die Kapitalnehmer auszureichen.

2. Fristentransformation

Banken sorgen zweitens für einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Fristen- bzw. Laufzeitinteressen zwischen den Kapitalgebern (Einlegern) und Ka- 14

²⁵ *Theissen*, EU Banking Supervision, 2013, xiii: „A requirement without an effective method to ensure application has no impact; supervision without an underlying clear requirement to uphold is meaningless“.

²⁶ Die Abschnitte § 1 II–IV basieren in Teilen auf Ausführungen bei *Wundenberg*, Compliance und die prinzipiengeleitete Aufsicht über Bankengruppen, 2012, S. 28–34 (einzelne Passagen sind wörtlich oder sinngemäß übernommen).

²⁷ Aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttum etwa *Hartmann-Wendels et al.*, Bankbetriebslehre, 7. Aufl. 2019, S. 6 ff.; *Freixas/Rochet*, Microeconomics of Banking, 2008, S. 4.

²⁸ Auch als Losgrößenfunktion (*lot size transformation*) bezeichnet.

pitalnehmern (Kreditnehmern). Beispielsweise kann ein Wirtschaftsunternehmen einen langfristigen Finanzierungsbedarf haben, um ein bestimmtes Investitionsprojekt zu realisieren. Der einzelne Einleger wird dagegen oft nur bereit sein, kurzfristig abziehbare Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Banken nehmen hier eine für die Volkswirtschaft wichtige Intermediärfunktion ein, indem diese im Aktivgeschäft typischerweise langfristige Kredite vergeben, sich auf der Passivseite jedoch durch kurzfristige Einlagen der Bankenkunden refinanzieren. Diese Funktion wird als Fristentransformation bezeichnet.²⁹

3. Risikotransformation

- 15 Eine dritte wichtige Funktion von Banken besteht in der sog. Risikotransformation. Die Vergabe von Krediten ist wie jede andere Form der Kapitalüberlassung mit Risiken verbunden. Der einzelne Einleger wird typischerweise eine Präferenz haben, die Vermögenswerte mit einem verhältnismäßig geringen Risiko anzulegen. Da Banken die eingesammelten Vermögenswerte in verschiedene Anlageklassen und Kredite investieren, können diese das Risiko besser diversifizieren als ein Privatanleger. Hierdurch wird ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Risikopräferenzen zwischen den Marktteilnehmern (Kapitalgebern und Kapitalnehmern) ermöglicht.

III. Begründungsansätze für eine gesonderte Bankenregulierung

- 16 Die Gründe für eine gesonderte Bankenregulierung leiten sich aus den oben beschriebenen Eigenschaften und Funktionen von Banken ab.³⁰

1. Fragile Bilanzstruktur von Banken als Folge der Fristentransformation

- 17 Das Bankengeschäft ist, wie erläutert, dadurch gekennzeichnet, dass Institute Fristentransformation betreiben. Die Fristentransformation ist für Banken aber auch mit erheblichen Risiken verbunden.³¹ Denn um ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern, ist die Bank darauf angewiesen, die langfristig gebundenen Aktiva auf der Passivseite durch eine fortlaufende Anschlussfinanzierung sicherzustellen. Gelingt dies dem Institut nicht, etwa weil Einleger ihre Vermögenswerte abziehen, so droht die Zahlungsunfähigkeit und damit die Insolvenz der

²⁹ Hellwig, Systemische Risiken im Finanzsektor, 1998, S. 123, 134 ff. Im Zusammenhang mit der Fristentransformation steht die sog. Liquiditätsfunktion, d. h. der Ausgleich zwischen den verschiedenen Liquiditätsinteressen der Marktteilnehmer.

³⁰ Die traditionellen Regulierungsargumente zusammenfassend und kritisch bewertend Binder, Bankeninsolvenzen im Spannungsfeld zwischen Bankenaufsicht und Insolvenzrecht, 2015, S. 101 ff.; Fest, Regulierung von Banken, 2008, S. 39 ff. und *passim*; Möschel, Wirtschaftsrecht der Banken, 1972, S. 245 ff.

³¹ Ausführlich Bieg, Bankbilanzen und Bankenaufsicht, 1996, S. 8 ff.

Bank.³² Diese „eigentümliche Fragilität“³³ der Bilanzstruktur wird als Ursache der besonderen Insolvenzanfälligkeit von Banken angesehen.³⁴ Das gegenüber Industrieunternehmen erhöhte Insolvenzrisiko stellt einen Rechtfertigungsansatz für einen besonderen Gläubigerschutz dar.

Rechtstatsächliches Anschauungsmaterial für die mit der Fristentransformation verbundenen Risiken liefert die **globale Finanzkrise** von 2007 bis 2008: Die im Sommer 2007 eingetretenen Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten waren u. a. darauf zurückzuführen, dass Banken langfristige US-amerikanische Hypothekendarlehen über Zweckgesellschaften in sehr kurzfristige Wertpapiere (*Asset-Backed Commercial Papers*) transformiert hatten.³⁵ Nach dem Austrocknen des Interbanken-Kreditmarktes als Folge der Insolvenz von Lehman Brothers wurde die Fristentransformation u. a. der deutschen Depfa-Bank zum Verhängnis.

Zur Begrenzung der Risiken aus der Fristentransformation sieht das europäische Bankenaufsichtsrecht u. a. Mindestanforderungen an die Eigenmittel- und Liquiditätsausstattung der Institute vor (vgl. § 8 und § 9).

2. Bank Runs

Ein zweites, auf der fragilen Bilanz- und Kapitalstruktur von Banken aufbauendes Argument für eine Bankenregulierung ist die Gefahr von „Bank Runs“.³⁶ Hiermit wird das Phänomen beschrieben, dass Bankengläubiger aufgrund eines Vertrauensverlustes massenhaft Einlagen abziehen und der Bank damit schlagartig ihre Liquidität entziehen. Ein solcher „Run“ wird vor allem auf Informationsungleichgewichte zwischen der Geschäftsführung bzw. den Anteilseignern der Bank einerseits und den Bankengläubigern andererseits zurückgeführt.³⁷ Erlangen Gläubiger Anhaltspunkte dafür, dass eine Bank sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, so haben diese einen Anreiz, ihre Einlagen abzu ziehen, bevor andere Gläubiger ihnen zuvorkommen. Der Grund hierfür liegt darin, dass Einlagen nur bis zum Eintritt der Zahlungsunfähigkeit ausgezahlt

³² Gefahren für die Liquidität eines Instituts bestehen nicht nur bei einem Abzug der Einlagen der Privateinleger, sondern auch dann, wenn institutionelle Anleger Liquidität abziehen oder diese der Bank nicht mehr gewähren. Dies hat sich beispielsweise beim Zusammenbruch der englischen Northern Rock Bank gezeigt.

³³ *Hellwig*, Systemische Risiken im Finanzsektor, 1998, S. 123, 128.

³⁴ Vgl. *Fest*, Regulierung von Banken, 2008, S. 59 m. w. N. Anschaulich ebenfalls *Rochet*, Why Are There So Many Banking Crises, 2008, S. 23 (*intrinsically fragile*).

³⁵ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2007/2008, S. 89.

³⁶ Siehe hierzu aus dem juristischen Schrifttum *Binder*, Bankeninsolvenzen im Spannungsfeld zwischen Bankenaufsicht und Insolvenzrecht, 2005, S. 104 ff.; aus ökonomischer Perspektive die Erklärungsmodelle zusammenfassend *Fest*, Regulierung von Banken, 2008, S. 81 ff. Für eine formale Darstellung des Phänomens *Allen/Gale*, Understanding Financial Crises, 2009, S. 126 ff.

³⁷ *Hartmann-Wendels* et al., Arbeitsweise der Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise, 2010, S. 6 f.

werden können. Da keiner der Gläubiger die wirtschaftliche Situation der Bank zuverlässig einschätzen kann, ist es aus Sicht jedes einzelnen Gläubigers rational, seine Einlage unter verhältnismäßig geringen Opportunitätskosten schnellstmöglich aufzulösen.³⁸ Die Folge eines solchen Gläubigerverhaltens ist ein abrupter Liquiditätsverlust der Bank, der auch dann eintritt, wenn die den „Bank Run“ hervorgerufenen Gerüchte sich im Nachhinein als unzutreffend herausstellen.³⁹

- 21 Wie anfällig Institute für einen solchen „Bank Run“ sein können, hat etwa der Beinahe-Zusammenbruch des britischen Baufinanzierers Northern Rock gezeigt.⁴⁰ Obwohl die Bank nur geringfügig in Subprime-Kredite investiert hatte, zogen Kunden Mitte September 2007 massenweise Spareinlagen in Höhe von über EUR 4 Mrd. ab, nachdem Gerüchte über Refinanzierungsschwierigkeiten der Bank aufgekommen waren.⁴¹ Auch eine Garantie-Erklärung der britischen Regierung konnte den Abzug der Liquidität nicht vollständig stoppen.⁴²
- 22 Regulatorische Instrumente zur Verhinderung derartiger „Bank Runs“ sind neben den bereits angesprochenen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften insbesondere Einlagensicherungssysteme, die Einlagen im Insolvenzfall bis zu einer bestimmten Höhe staatlich (oder durch eine privatrechtliche Sicherungseinrichtung) garantieren. Zudem fungieren im Krisenfall typischerweise Zentralbanken – in Europa die Europäische Zentralbank – als „lender of last resort“, um durch Stützmaßnahmen den Zusammenbruch von in Schieflage geratenen Banken zu verhindern.

3. Systemische Risiken

- 23 Als drittes und gleichzeitig wichtigstes Argument zur Rechtfertigung einer Bankenregulierung werden systemische Risiken im Finanzsektor genannt. All-

³⁸ Aus ökonomischer Sicht befinden sich die Einleger und Gläubiger in einem Gefangenen-Dilemma: Für alle Beteiligten wäre es profitabel, zu kooperieren und der Bank die Vermögenswerte zu belassen. Da Einlagen aber nur bis zum Eintritt der Zahlungsunfähigkeit ausbezahlt werden, ist es für den einzelnen Anleger aus individueller Sicht rational, schnellstmöglich seine Einlagen abziehen.

³⁹ Ob es zu rein „spekulativen“ Bank Runs (sog. *Sunspot-Runs*) kommen kann, ist in der Literatur umstritten. Grundlegend hierzu *Diamond/Dybvig*, 91 *Journal of Political Economy* (1983), 401 ff.

⁴⁰ Zum Sachverhalt vgl. *Hartmann-Wendels et al.*, Arbeitsweise der Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise, 2010, S. 9 f. Siehe auch den ausführlichen Bericht der FSA, *The supervision of Northern Rock: a lesson learnt review*, März 2008 (abrufbar unter: <https://www.fca.org.uk/publication/corporate/fsa-nr-report.pdf>).

⁴¹ *Hartmann-Wendels et al.*, Arbeitsweise der Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise, 2010, S. 9.

⁴² Dass diese Argumentation nicht nur auf Privateinleger zutrifft, sondern auch auf institutionelle Liquiditätsgeber übertragen werden kann, zeigt die Krise der deutschen IKB Bank. Auch hier hatte der (Beinahe-)Zusammenbruch der Bank in letzter Konsequenz seine Ursache in dem durch einen Vertrauensverlust hervorgerufenen Liquiditätsentzug der Marktteilnehmer.

gemein gesprochen handelt es sich hierbei um das Risiko, dass die Bestandsgefährdung eines systemrelevanten Instituts aufgrund seiner Größe, der Intensität der Interbankenverbindungen und ihrer sonstigen Verflechtungen erhebliche negative Folgeeffekte bei anderen Instituten oder sonstigen Unternehmen auslösen und eine Instabilität des Finanzsystems nach sich ziehen kann.⁴³

Als Übertragungsmechanismen werden in der Literatur direkte und indirekte **Ansteckungseffekte** unterschieden. Direkte Ansteckungseffekte resultieren in erster Linie aus rechtsgeschäftlichen Verbindungen, insbesondere Kreditverflechtungen.⁴⁴ Klassisches Beispiel hierfür ist der durch die Insolvenz eines Instituts hervorgerufene Abschreibungsbedarf von Interbankenforderungen, der auch andere Institute in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen kann. Indirekte Ansteckungseffekte ergeben sich dagegen nicht aus einer bestehenden rechtsgeschäftlichen Verbindung, sondern sind informations- und vertrauensbedingt. Ausgangspunkt kann etwa die durch einen „Bank Run“ hervorgerufene Krise einer Bank sein, die von Marktteilnehmern als Signal dafür gewertet wird, dass sich auch andere Institute in einer wirtschaftlichen Schiefelage befinden.

24

Aus ökonomischer Sicht stellen derartige systemische Risiken **externe Effekte** dar. Negative externe Effekte liegen vor, wenn die von einer Wirtschaftseinheit (also etwa einer Bank) verursachten Kosten nicht vollständig vom Verursacher getragen werden, sondern – unter Umgehung des Marktmechanismus – Dritten auferlegt werden.⁴⁵ Da diese „sozialen Kosten“ von den Marktteilnehmern nicht eingepreist werden, verursachen externe Effekte ökonomische Fehlallokationen. Banken haben deshalb einen Handlungsanreiz, ihre Geschäftstätigkeit zu erweitern und aus wohlfahrtsökonomischer Sicht zu große Risiken einzugehen, da sie die gesamtwirtschaftlichen Kosten eines Bankenzusammenbruchs nur zum Teil tragen müssen, die Profite aber in voller Höhe einbehalten. Das systemische Risiko wird von der handelnden Bank in der betriebswirtschaftlichen Entscheidungsfindung somit nicht ausreichend berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund wird der rechtfertigende Kern der Bankenregulierung in der „Externalität“ gesehen, dass ein Bankenzusammenbruch sich über einen Dominoeffekt auf das gesamte Gewerbe ausdehnen kann.⁴⁶ Die Bankenregulierung soll den beschriebenen Fehlanreizen entgegenwirken und damit zur Stabilität des Bankensektors beitragen.

25

⁴³ Zu den verschiedenen Definitionen von „systemrelevanten“ Instituten vgl. § 8 Rn. 83 ff.

⁴⁴ Die verschiedenen Facetten von Systemrisiken wurden im Nachgang der globalen Finanzkrise ausführlich von den Aufsichtsbehörden sowie dem wissenschaftlichen Schrifttum aufgearbeitet. Vgl. hierzu den De-Larosière-Bericht, Rn. 149; zusammenfassend aus ökonomischer Sicht *Bisias et al., A Survey of Systemic Risk Analysis*, Office of Financial Research Working Paper, 2012. Aus juristischer Sicht *Kaufhold, Systemaufsicht*, 2016, S. 26 ff., 149 ff. und *passim*.

⁴⁵ Vahlens Großes Wirtschaftslexikon, Band 1, S. 643.

⁴⁶ *Möschel*, Das Wirtschaftsrecht der Banken, 1972, S. 251 (Kettenreaktionsgefahr). Vgl. auch *Hellwig*, Systemische Risiken im Finanzsektor, 1998, S. 123, 125 ff.; *Bieg*, Bankbilanzen und Bankenaufsicht, 1996, S. 30 ff.

IV. Regelungsziele

1. Einlegerschutz und Funktionenschutz

- 26 Vor dem Hintergrund der oben erläuterten Sonderstellung von Instituten verfolgt das Bankenaufsichtsrecht im Kern zwei Ziele: Zum einen bezweckt dieses den Schutz der Bankengläubiger, zu denen insbesondere Kleinanleger gehören, die ihre privaten Ersparnisse der Bank anvertrauen (Einlegerschutz). Über diesen auch sozialpolitisch⁴⁷ motivierten Gläubiger- und Einlegerschutz hinaus dient das Bankenaufsichtsrecht zum anderen dem Funktionenschutz, indem die Stabilität des Finanzsystems durch vertrauensbildende und gläubigerschützende Sondervorschriften gestärkt wird.⁴⁸ Beide Ziele – Gläubigerschutz und Funktionenschutz – gehen ineinander über und bedingen einander.⁴⁹ Im Zuge der Finanzkrise hat der zweite Aspekt (Sicherung der Stabilität des Finanzsystems) allerdings noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen.⁵⁰
- 27 Diese **dualistische Zielkonzeption** des Bankenaufsichtsrechts schlägt sich auch in den europäischen Regelungsvorgaben nieder. So werden in der CRR die Sicherstellung der „Finanzstabilität der Wirtschaftsteilnehmer an diesen Märkten“ sowie die Gewährleistung eines „hohen Grades an Anleger- und Einlegerschutz“ als gleichberechtigte Zielvorgaben genannt.⁵¹ Beide Aspekte werden auch in dem in Reaktion auf die Finanzkrise im Februar 2009 veröffentlichten „De-Larosière-Bericht“ betont.⁵² Zu den Regelungszielen der Finanzaufsicht führt der Expertenbericht aus:

„Die Aufsicht soll in erster Linie eine ordnungsgemäße Anwendung der für den Finanzsektor geltenden Regeln gewährleisten, um die *Stabilität des Finanzsystems* zu erhalten und so für Vertrauen in das Finanzsystem insgesamt und für einen *ausreichenden Kundenschutz* zu sorgen“.⁵³

47 Vgl. zu diesem sozialpolitischen Aspekt des Gläubigerschutzes aus Sicht des deutschen Rechts *Bieg*, Bankbilanzen und Bankenaufsicht, 1996, S. 26 f. (mit dem Hinweis, dass der sozialpolitische Aspekt nur den Schutz von Kleingläubigern, aber keinen allgemeinen Gläubigerschutz rechtfertigt). Allgemein zu den Zielen der europäischen Bankenaufsicht *Theissen*, EU Banking Supervision, 2013, S. 146–173; *Kobtamäki*, Die Reform der Bankenaufsicht in der Europäischen Union, 2012, S. 20–24.

48 Zu beiden Aspekten auch Basler Ausschuss, Core Principles, Grundsatz 1 Kriterium 2: „Das vorrangige Ziel der Bankenaufsicht ist die Förderung der Sicherheit und Solidität der Banken und des Bankensystems. Hat die Bankenaufsicht noch weitergehende Kompetenzen, so sind diese dem vorrangigen Ziel untergeordnet und stehen nicht in Konflikt dazu.“

49 Vgl. *Möschel*, Bankenaufsicht im Wandel, 2010, S. 249 (zwei Seiten einer Medaille); *Bieg*, Bankbilanz und Bankenaufsicht, 1996, S. 36 f.

50 Vgl. dazu noch unten im Zusammenhang mit der makroprudenziellen Aufsicht (Rn. 41 ff.).

51 Erwägungsgrund (7) CRR. Ebenso Art. 1 Unterabs. 1 SSM-VO: Beitrag zur Sicherheit und Solidität von Kreditinstituten sowie zur Stabilität des Finanzsystems in der Union.

52 Vgl. § 2 Rn. 39 ff.

53 De-Larosière-Bericht, Rn. 149 (Hervorhebungen hinzugefügt).

Sachverzeichnis

Die fett gesetzte Zahl verweist auf den Paragraphen,
die mager gesetzte Zahl auf die Randnummer.

- Administrativer Überprüfungsausschuss** 6 116 ff.
- Allgemeinwohlintressen** 7 82 ff.
- Anbahnungsinstitut** 7 116
- Anrechnungserlaubnis** 8 33
- Ansteckungseffekte**
 - direkte 1 24, 15 17 ff.
 - indirekte 1 24, 15 20 ff.
 - gruppeninterne 15 12 ff.
- Anteilmäßige Konsolidierung** 16 31
- Äquivalenzmethode** 16 32
- ASF** 9 19 f.
- Aufsichtsbeschlüsse** 6 101
- Aufsichtsgesellschaftsrecht** 12 12, 12 86
- Aufsichtsgremium** 6 63 ff.
- Aufsichtsmodelle** 5 43 ff.
 - Funktionaler Ansatz 5 53 ff.
 - Institutioneller Ansatz 5 45 ff.
 - Integrierter Ansatz 5 49 ff.
- Aufsichtsrat**
 - Unabhängige Mitglieder 12 27 ff.
- Aufsichtsrechtliches Überprüfungsverfahren** 11 1 ff.
 - Janusköpfige Zielrichtung 11 4
 - Vier zentrale Grundsätze der aufsichtsrechtlichen Überprüfung 11 5 f.
- Auslegung**
 - Bedeutung von Soft Law 4 76 ff.
 - Unionsrechtliche Grundsätze 4 71 ff.
- BaFin**
 - Entstehung 2 61
 - Modell 5 56
- Bail-in** 8 104
- Bank**
 - Begriff 1 2
 - Funktionen 1 12 ff.
 - siehe auch Institut, Kreditinstitut
- Bank Run** 1 20 ff.; 9 3
- Bankenaufsicht**
 - Begriff 1 7 ff.
 - Core Principles 2 3
 - Ziele 1 26 ff.
 - siehe auch Bankenregulierung
- Bankenaufsichtsrecht**
 - Dualistische Zielkonzeption 1 27
 - siehe auch Bankenaufsicht
- Bankenregulierung**
 - Abgrenzung Bankenaufsicht 1 7 ff.
 - Begriff 1 7 ff.
 - makroprudenzielle 1 41 ff.
 - mikroprudenzielle 1 41 ff.
 - präventive 1 33 ff.
 - protektive 1 38 ff.
 - Ziele 1 26 ff.
- Bankenunion**
 - Entwicklung 2 47 ff.; 6 2 ff.
 - Perspektiven 18 1 ff.
 - Stand 17 1 ff.
 - siehe auch einheitlicher Aufsichtsmechanismus; einheitliche Bankenabwicklung; Single Resolution Fund
- Bankerlaubnis**
 - Anspruch 7 51
 - Grenzüberschreitende Sachverhalte 7 65 ff.
 - Grundlagen 7 1 ff.
 - Kreditinstitute 7 18 ff.
 - Sanktionen 7 120 ff.
 - Territorialprinzip 7 98 ff.
 - Unterlagen 7 64
 - Verfahren 7 58 ff.
 - Versagungsgründe 7 52 ff.
 - Wertpapierfirmen 7 33 ff.
- Bankgeschäfte** 7 30 ff.
- Bankinterner Einschätzungsprozess** 11 1 ff.
- Basel I** 2 4
- Basel II** 2 7 ff.
- Basel III** 2 10 ff.
- Basel IV** 2 13
- Basler Ausschuss für Bankenaufsicht**
 - Basel I 2 4; 8 1 ff.
 - Basel II 2 7 ff.; 8 5 ff.
 - Basel III 2 10 ff.; 8 6 ff.

- Basel IV 2 13
- Bedeutung 2 1 ff.
- Basler Konkordat** 15 4
- BCCI-Richtlinie** 2 28
- Bedeutende Institute**
 - Abgrenzungskriterien (Governance) 12 25 ff.
 - Abgrenzungskriterien (SSM) 6 31 ff.
 - Abgrenzungskriterien (Vergütung) 12 79 ff.
 - Direkte Aufsicht 6 47 ff.
 - Herabstufung 6 40 ff.
- Beschlüsse**
 - der EZB 6 100
- Betragstransformation** 1 13
- Binnenmarkt**
 - Regelungsziel 1 29; 3 6 ff.
- Bitcoin** 7 40
- Bonus Cap** 12 78
- BRRD** 2 50
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht**
 - siehe BaFin
- Clawback** 12 80
- CoCo-Bonds** 8 41 ff.
- Common procedure**
 - siehe Gemeinsame Verfahren
- Compliance**
 - in der Gruppe 16 44 ff.
 - siehe auch Governance-Anforderungen
- Comply or explain**
 - Leitlinien und Empfehlungen 4 14
 - Maßnahmen des ESRB 5 6
- Cooke-Ratio** 8 1
- Corporate Governance** 12 1 ff.
 - Ausschüsse 12 21 ff.
 - Besonderheiten bei Banken 12 8 ff.
 - Definition 12 1 f.
 - Diversität 12 34 ff.
 - Dualistisches System 12 19
 - Leitungsorgan 12 20
 - Monistisches System 12 19
 - Rahmenvorgaben 12 13 ff.
 - Regelungskonzepte 12 4 ff.
 - Sanktionen 12 60 ff.
 - Unabhängige Aufsichtsratsmitglieder 12 27 ff.
 - Vergütungsanforderungen 12 65 ff.
 - siehe auch Leitungsorgan; Vergütungsanforderungen
- Covid-19-Epidemie**
 - Kapitalanforderungen 8 72
- *Quick fix* 2 59
- Zukunftsfragen 18 39 ff.
- CRD I** 2 34
- CRD II** 2 43
- CRD III** 2 43
- CRD IV**
 - Entwicklung 2 44 ff.
 - Systematik 4 23 ff.
 - siehe auch CRR
- CRD V**
 - Entwicklung 2 51 ff.
 - Kommissionsentwurf 2 52
- CRD VI**
 - Kommissionsentwurf 2 56 ff.
- CRR**
 - Entwicklung 2 43 ff.
 - Systematik 4 23 ff.
- CRR II**
 - Entwicklung 2 51 ff.
 - siehe auch CRD V
- CRR III**
 - Kommissionsentwurf 2 56 ff.
- De-Larosière-Bericht** 1 27; 2 39 ff.
- Delegierte Rechtsakte** 3 11
- Diversität** 12 34 ff.
- Dotationskapital** 7 69
- Downgrading** 6 40 ff.
- Drei-Säulen-Modell** 2 8 ff.
- Drittstaatenregime**
 - MiFID II 7 110 ff.
 - Zweigstellen 7 105 ff.
- Dualistisches System** 12 19
- Durchführungsrechtsakte** 3 11
- EBA**
 - Aufgaben 5 23 ff.
 - Binnenorganisation 5 12 ff.
 - Entstehung 2 42; 5 1 ff.
 - Reform 5 19 ff.
 - Ziele 5 21 ff.
- Effet-utile-Grundsatz** 4 86
- Eigenmittel** 8 1 ff.
 - Arten 8 24 ff.
 - Berechnung 8 44 ff.
 - Entwicklung 8 1 ff.
 - Funktion 8 9 ff.
 - IRB-Ansatz 8 62 ff.
 - Kreditrisiken 8 53 ff.
 - Risikogewichtung 8 44 ff.; 8 54 ff.
 - Standardansatz 8 59 ff.
- Eigenmittelkonsolidierung** 16 40 ff.
 - Aggregationsmethode 16 43

- Konzernabschlussmethode 16 41 ff.
- Einheitlicher Aufsichtsmechanismus**
- Aufsichtsgremium 6 62 ff.
- Bedeutende Institute 6 30 ff.
- Entwicklung 2 47; 6 2 ff.
- Gemeinsame Aufsichtsteams (JSTs) 6 69 ff.
- Kompetenzfragen 6 2 ff.; 18 22 f.
- Kompetenzverteilung 6 40 ff.
- Organisationsstruktur 6 61 ff.
- Rechtsgrundlagen 6 2 ff.
- Reformperspektiven 18 21 ff.
- Regelungsziele 6 2 ff.
- Supervisory Board 6 62 ff.
- Trend zur Zentralisierung 17 7
- Zusammenarbeit 6 27 ff.
- Zuständigkeit 6 15 ff.
- siehe auch Bankenunion
- Einlagengeschäft** 7 20 ff.
- Einlagensicherungssystem** 1 22, 39
- Einlegerschutz** 1 31
- EIOPA** 2 42
- Ergänzungskapital** 8 43
- Ergebnisabführungsvertrag** 8 36 ff.
- Erlaubnis**
- siehe Bankerlaubnis
- Erlaubnistatbestände**
- Finanzdienstleistungen 7 33 ff.
- grenzüberschreitende 7 65 ff.
- Kreditgeschäft 7 18 ff.
- Reform 18 10 ff.
- Wertpapiergeschäft 7 33 ff.
- Erste Bankrechtskoordinierungsrichtlinie** 2 22 ff.
- Erste Konsolidierungsrichtlinie** 2 23 ff.
- ESG-Risiken** 14 32; 18 33 ff.
- ESMA** 2 42
- EU**
- Grundfreiheiten 3 20 ff.
- Verträge 3 1 ff.
- EuGH**
- Auslegung 4 71 ff.
- Rechtsschutz 6 127 ff.
- EU-Mutterfinanzholdinggesellschaft** 16 25
- EU-Mutterinstitut** 16 18 f.
- EU-Pass** 2 25; 7 65 ff.
- Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr 7 93 ff.
- Grundsatz gegenseitiger Anerkennung 7 66
- Herkunftslandkontrolle 7 66
- Zweigstelle 7 75 ff.
- siehe auch Notifizierungsverfahren
- Europäische Zentralbank**
- siehe EZB
- Europäischer Ausschuss für Systemrisiken** 2 42; 5 4 ff.
- Europäisches Finanzaufsichtssystem** 5 1 ff.
- European Banking Act** 18 42 ff.
- als Reformkonzept 18 42 ff.
- Granularität 18 46 ff.
- Harmonisierungsniveau 18 48 f.
- Umfang 18 43 ff.
- Externe Effekte**
- Begriff 1 25
- EZB**
- Anwendbares Recht 6 49, 76 ff.
- Aufsichtsbefugnisse 6 26 ff.
- Aufsichtsbeschlüsse 6 100
- Aufsichtsgremium 6 63 ff.
- Befugnisse 6 47 ff.
- Beschlüsse 6 100 ff.
- Direkte Aufsicht 6 47 ff.
- Direktorium 6 73 ff.
- Empfehlungen 6 107
- Gemeinsame Aufsichtsteams (JSTs) 6 69 ff.
- Generaldirektion 6 68 ff.
- Handlungsinstrumente 6 95 ff.
- Indirekte Aufsicht 6 53 ff.
- Leitlinien 6 105 ff.
- Leitungsverantwortung 6 29
- Rechtsschutz 6 115; 18 27 ff.
- Rechtssetzungskompetenzen 6 95 ff.; 18 24
- Selbsteintrittsrecht 6 45
- Verordnungen 6 95 ff.
- siehe auch einheitlicher Aufsichtsmechanismus
- Flexibility Package** 8 88
- Financial Services Action Plan** 2 30 ff.
- Financial Stability Board** 2 16 f.
- Finanzholding**
- Konsolidierung 16 22
- Zulassungspflicht 7 41 ff.
- Finanzholding-Gruppe**
- Begriff 16 7
- Konsolidierungspflicht 16 22 ff.
- Finanzinstrument** 7 38 ff.
- Finanzkrise**
- Gesetzgebungsreformen 2 37 ff.
- Ursachen 2 40
- Fin-Tech** 7 4; 18 30 ff.

- Fit-and-proper-Test** 12 36 ff.
 – siehe auch Corporate Governance, Leitungsgorgane
- Freistellung** 7 115 ff.
- Fristentransformation** 1 14, 17
- Funktionenschutz** 1 26 ff.
- Gegenseitige Anerkennung**
 – Prinzip 2 26; 7 72 ff.
 – siehe auch EU-Pass
- Gemeinsame Aufsichtsteams** 6 69 ff.
- Gemeinsame Leitlinien** 12 15 ff.
- Gemeinsame Verfahren** 6 46 ff.
- Geschäftsgeheimnisse** 14 7
- Gesetzgebungsakte** 3 9 ff.
- Gold Plating**
 – Begriff 4 40, 6 82
 – Anwendung durch EZB 6 80 ff.
- Going concern** 8 9
- Gone concern** 8 9
- Governance-Anforderungen** 12 1 ff.
 – gruppenbezogene 16 57 ff.
 – siehe Corporate Governance
- Grenzüberschreitender Marktzugang**
 – Dienstleistungsverkehr 7 93 ff.
 – Tochtergesellschaft 7 67 ff.
 – Zweigstelle 7 69
 – siehe auch EU-Pass; Notifizierungsverfahren
- Große Unternehmen** 14 13
- Großkredite** 10 1 ff.
 – Ausnahmen 10 20 ff.
 – Meldepflichten 10 30
 – Obergrenze 10 16 ff.
 – Organisatorische Anforderungen 10 28 ff.
 – Schattenbanken 10 19
- Grundfreiheiten**
 – Dienstleistungsfreiheit 3 23 ff.
 – Kapitalverkehrsfreiheit 3 21
 – Niederlassungsfreiheit 3 21 ff.
- Gruppenaufsicht** 15 1 ff.; 16 1 ff.
 – Ansteckungskanäle 15 16 ff.
 – Compliance 16 44 ff.
 – Durchsetzung im Konzern 16 58 ff.
 – Eigenmittelkonsolidierung 16 40 ff.
 – Grundlagen 15 1 ff.
 – Konsolidierungskreis 15 5 ff.; 16 26 ff.
 – Konsolidierungsverfahren 16 29 ff.
 – Rechtsentwicklung 15 4 ff.
 – Regelungsvorgaben 16 1 ff.
 – Risikomanagement 16 44 ff.
 – Verhältnis Einzelaufsicht 15 24 ff.
- Vollkonsolidierung 16 30
- Gruppenprivileg** 12 38
- Harmonisierungskonzepte** 4 40 ff.
 – Perspektiven 18 1 ff.
 – Stand 17 5 ff.
 – siehe auch Mindestharmonisierung, Vollharmonisierung
- Heimatlandkontrolle**
 – Grundsatz 2 25
- Herkunftslandkontrolle** 7 65 ff.
- Hybridkapital** 8 38 ff.
- ICAAP** 11 1 ff.
- IFD/IFR** 2 54 ff., 7 45 ff.
- Informationsasymmetrien** 13 10
- Informationseffizienz** 13 12 ff.
 – allokativ 13 13
 – institutionelle 13 15
 – operative 13 14
- Institut**
 – bedeutende 6 30 ff.
 – Begriff 7 6 ff.
 – siehe auch Kreditinstitut
- Institutsfiktion** 7 106
- Institutsgruppe**
 – Begriff 16 6 ff.; 16 20 f.
 – Konsolidierungsverantwortung 16 15 ff.
- Investmentgesellschaft**
 – Begriff 1 1
- IRB-Ansatz** 8 62 ff.
- Joint Guidelines** 12 15 ff.
- Joint Supervisory Teams (JSTs)** 6 69 ff.
- Kapitalanforderungen**
 – Säule 1 8 15 ff.
 – Säule 2 11 1 ff.
 – siehe auch Eigenkapital
- Kapitalerhaltungsplan** 8 93 ff.
- Kapitalpuffer** 8 70 ff.
 – Antizyklischer Kapitalpuffer 8 77 ff.
 – Ausschüttungsbeschränkungen 8 91 ff.
 – Kapitalerhaltungsplan 8 93 ff.
 – Kapitalerhaltungspuffer 8 76 f.
 – Puffer für systemrelevante Institute 8 81 ff.
 – Systemrisikopuffer 8 85 ff.
- Kapitalquoten** 8 22 ff.
- Kapitalzuschläge** 11 13 ff.
- Kernkapital**
 – hartes 8 29 ff.
 – zusätzliches 8 38 ff.

- Key function holders** 12 47 ff.
Kleine Institute 14 10 ff.
Klumpenrisiko 10 1
Komplexität 4 68 f.; 8 8; 8 57; 17 8 f.
Konsolidierte Aufsicht
 – siehe Gruppenaufsicht
Konsolidierungskreis 16 5 ff.
Konzentrationsrisiko 10 1
Kooperationsverantwortung
 – in der Gruppe 16 60
Kreditgeschäft 7 27 ff.
Kreditinstitut
 – bedeutendes 6 30 ff.
 – Begriff 1 1, 7 18 ff., 7 27 ff.
Kreditrisiko 8 48 ff.; 8 53 ff.
Kreditwesengesetz
 – Entwicklung 2 60 ff.
Kryptogeschäft 7 40
Kundengruppe 10 14
- Lamfalussy-Verfahren** 4 5 ff.
 – Stufe 1 4 7 ff.
 – Stufe 2 4 10 ff.
 – Stufe 3 4 13 ff.
 – Stufe 4 4 21 f.
L-Bank-Entscheidung 6 41 ff.
LCR 9 6 ff.
Leitlinien und Empfehlungen
 – Bedeutung für Auslegung 4 76 ff.
 – Rechtsnatur 4 13 ff.; 4 77 ff.
Leitungsorgan 12 20; 12 36 ff.
 – Anforderungen 12 36 ff.
 – Aufgaben 12 50 ff.
 – Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen 12 39 ff.
 – Kollektive Eignung 12 44 ff.
 – Mandatsbegrenzungen 12 36 ff.
 – Pflichten 12 50 ff.
 – Überprüfung Eignung 12 54 ff.
 – Zeitliche Verfügbarkeit 12 36 ff.
Liquidität 9 1 ff.
Liquiditätsanforderungen 9 1 ff.
Liquiditätsdeckungs­ziffer 9 4; 9 6 ff.
Liquiditätsinkongruenz 9 3
Liquiditätspuffer 9 10 ff.
Liquiditätsrisikomanagement 9 22
- Maastricht-Vertrag** 3 1
Malus-Regelung 12 80
Mandatsbegrenzungen 12 36 ff.
MaRisk 12 17
Marktdisziplin 13 7 ff.
Marktliquiditätsrisiko 8 1
- Marktpreisrisiko** 8 49
Markttransparenz 13 1 ff.
Marktzugang
 – siehe Bankerlaubnis
Mehrfachbelegung Eigenkapital 15 10 ff.
Meldepflichten 13 1 ff.
MiFID I 2 35
MiFID II
 – Entwicklung 2 46
Mindestharmonisierung
 – Konzept 4 40 ff.
Monistisches System 12 19
Moral Hazard 1 43
MREL 8 104 ff.
Mutterfinanzholdinggesellschaft in einem Mitgliedstaat 16 22 ff.
Mutterinstitut in einem Mitgliedstaat 16 15 ff.
- Nachhaltigkeit** 18 33 ff.
Nichtigkeitsklage 6 132
Nominierungsausschuss 12 22 ff.
Notifizierungsverfahren
 – Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr 7 93 ff.
 – Rechtsfolgen bei Verstoß 7 96 f.
 – Zweigstellen 7 53 ff.
 – siehe auch EU-Pass
NSFR9 15 ff.
- Offenlegungsanforderungen** 13 1 ff.; 14 1 ff.
 – Eigenmittelanforderungen 14 19 ff.
 – ESG-Risiken 14 32
 – Grundsätze 13 1 ff.
 – Häufigkeit und Mittel 14 8 f.
 – Kapitalpuffer 14 22 ff.
 – Level-2-Gesetzgebung 14 15
 – Regelungsvorgaben 14 1 ff.
 – Risikomanagement 14 17 ff.
 – Verbriefungen 14 24 ff.
 – Vergütung 14 27 ff.
 – Verschuldung 14 30 f.
 – Wesentlichkeitsgrundsatz 14 3 ff.
Operationelles Risiko 8 51 f.
Optimierungsgebot 16 63
Optionen und Wahlrechte
 – Bindung (EZB) 6 87 ff.
 – Systematik 4 50 ff.
Organisationspflichten
 – gruppenbezogene 16 44 ff.
 – siehe auch Governance-Anforderungen
Output Floor 8 66 ff.

- Passive Dienstleistungsfreiheit** 7 119 ff.
Pillar-3-Disclosure 13 4; 14 1
Prinzipal-Agenten-Theorie 12 6 f.
Prinzipienorientierte Regulierung 4 61 ff.
Proportionalitätsgrundsatz
 – Grundsätze 4 68 ff.
 – Liquiditätsregime 9 21
 – Offenlegungsregime 14 10 ff.
 – Reformüberlegungen 18 15 ff.
 – Vergütungsregime 12 79 ff.
 – Wertpapierfirmen 18 50
- Q&As**
 – Bedeutung 4 16 ff.
 – Rechtsnatur 4 80 ff.
- Quick fix** 2 59
- Rechtsschutz**
 – Gegen Maßnahmen der EZB 6 115 ff.
 – mehrstufiges Verfahren 6 140 ff.
- Refinanzierungsrisiko** 9 2
Reformperspektiven 18 1 ff.
Regulatory Sandbox 7 4; 18 31 f.
Residualkompetenzen 7 86 ff.
Reverse Solicitation 7 115 ff.
Richtlinie 3 16 ff.
Risikoausschuss 12 22 ff.
Risikoeinheit 15 3
Risikogewichtung 8 44 ff.; 8 54 ff.
Risikomanagement
 – ICAAP 11 1 ff.
 – in der Gruppe 16 44 ff.
 – siehe auch Governance-Anforderungen
- Risikoreduzierungsgesetz** 2 62
Risikoträger 12 79 ff.; 14 28 ff.
Risikotragfähigkeit
 – Gruppe 16 48
 – Konzept 11 11 ff.
- Risikotransformation** 1 15
Römische Verträge 3 1
RSF 9 20
- Säule-1-plus-Konzept** 11 16 ff.
Schattenbank 10 19
Schlüsselpositionen 12 47 ff.
Segré-Bericht 2 18 ff.
- Single Rulebook**
 – Bausteine 4 23 ff.
 – Entwicklung 2 43 ff.; 4 1 ff.
 – Herausforderungen 17 8 ff.
 – Konzept 4 1 ff.
 – Perspektiven 18 1 ff.
 – Stand 17 1 ff.
- Single Resolution Fund** 2 47 ff.
Single Resolution Mechanism 2 47 ff.
Small banking box 18 50 ff.
Soft Law 4 14 ff.; 4 34; 6 93 f.; 6 108 ff.; 17 11 f.; 18 13 ff.
- Solo-plus-Aufsicht** 15 25
Sonderkonzernrecht
 – für Institutgruppen 16 66
- Squam-Lake-Arbeitsgruppe** 8 41
SREP 10 1 ff.
SRM-Verordnung 2 50
SSM
 – siehe einheitlicher Aufsichtsmechanismus
- SSM-Rahmenverordnung**
 – Entwicklung 2 50; 6 2 ff.
- SSM-Verordnung**
 – Entwicklung 2 50; 6 2 ff.
- Stabile Refinanzierung** 9 19
Standardansatz 8 59 ff.
Strukturelle Liquiditätsquote 9 15 ff.
Supervisory Board 6 63 ff.
Sustainable Finance 18 33 ff.
- Systemrisiko**
 – Begriff 1 23 ff., 41 ff.
 – sektorbezogenes 1 43
 – strukturelles 1 43
 – zeitlaufbezogenes 1 43
 – siehe auch Ansteckungseffekte
- Territorialprinzip** 7 98 ff.
TLAC 8 104 ff.
- Tochterunternehmen**
 – Begriff 16 34 ff.
- Transparenzanforderungen** 13 4 ff.
- Trennungsprinzip**
 – bei der EZB 6 61 ff.
 – gesellschaftsrechtliches 15 14 f.
 – prozessuales 6 127 ff.
- Twin-Peaks-Modell** 5 53
- Überlagerung**
 – des Gesellschaftsrechts 12 12; 12 86
 – des Konzernrechts 16 61
- Überkreuzzusammenrechnung** 12 38
- Vergütungsanforderungen** 12 65 ff.
 – FSB-Prinzipien 12 66
 – Offenlegung 14 27 ff.
 – Rechtsgrundlagen 12 70 ff.
 – Risikoträger 12 79 ff.
 – Variable Vergütung 12 77 ff.
- Vergütungsausschuss** 12 22 ff.
- Verordnung** 3 13 ff.; 6 96 ff.

- Verschuldenspuffer** 8 94
Verschuldungsquote 8 95 ff.
– Berechnung 8 99 ff.
– Entwicklung 8 95 f.
– Meldepflicht 8 101
– Offenlegungspflicht 8 102 f.; 14 30 f.
- Versicherungsunternehmen**
– Begriff 1 6
- Verständiger Nutzer** 14 6
- Vollharmonisierung**
– Konzept 4 43 ff.
- Vollkonsolidierung** 16 30
- Wahlrechte** 4 48 ff.; 6 87 ff.; 10 20 ff.;
12 79 f.; 14 34; 16 8; 16 38; 17 10;
18 7 ff.
- Waiver** 15 25; 16 64
- Watch-the-watchers-Modell** 6 53
- Weißbuch zur Finanzdienstleistungspoliti-**
tik 2 36
- Weisung** 6 100
- Wertpapierfirma**
– Begriff 1 4, 7 37 ff.
– Eigenes Aufsichtsregime 2 54 ff.; 7 45 ff.
– Kategorisierung 7 45 ff.
- Zahlungsunfähigkeitsrisiko** 9 2
- Zulassung**
– siehe Bankerlaubnis
- Zweigstellen** 7 68 ff.
- Zweite Bankrechtskoordinationsrichtlinie**
2 26